



Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan!

Fragen, Hintergründe und Antworten
zum Krieg in Afghanistan

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Afghanistan – ein gescheiterter Krieg auf dem eurasischen Balkan	7
2. Die militärische Intervention verbessert die Situation von Frauen nicht	15
3. Die Kriegsbeteiligung Deutschlands, die militärischen Mandate und das Völkerrecht	21
4. Das Problem der zivil-militärischen Zusammenarbeit	35
5. Drogenanbau und neoliberale Wirtschaftspolitik	45
6. Soziale Situation – wichtige Ziele wurden in Afghanistan nicht erreicht	47
7. Mission Staatsaufbau gescheitert	57
8. Vom gescheiterten Krieg zu einer Politik des Friedens	69
Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE	77

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Afghanistan ist seit dem Jahr 2001 neben Irak der zentrale Schauplatz des »Krieges gegen den Terrorismus«, den die Regierung der USA seit dem 11. September 2001 in vielen Teilen der Welt führt. Auch Deutschland gehört zur US-geführten Koalition in Afghanistan. Die deutsche Bundeswehr ist am Hindukusch Kriegspartei.

Nach über sechs Jahren Krieg in Afghanistan ist die Bilanz für das Land und seine Menschen erschütternd. Die von der Koalition gesteckten Ziele, die Herstellung von Sicherheit, Frieden und Wiederaufbau, wurden trotz einiger kleiner Teilerfolge nicht erreicht. Das ganze Land ist vielmehr schrittweise im Kriegschaos versunken, die Taliban sind nach ihrer anfänglichen Vertreibung stärker als jemals zuvor und kontrollieren zusammen mit der Nordallianz weite Gebiete des Landes. Und nicht zuletzt lebt der Großteil der afghanischen Bevölkerung in Armut.

Afghanistan gehört noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt, die Mehrheit der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, ausreichend Nahrung und Strom, die medizinische Versorgung ist katastrophal.

Die Sicherheitslage hat sich seit 2003 mit jedem Kriegstag verschlechtert, die Anzahl der Selbstmordattentate steigt seit 2006 genauso dramatisch wie die der zivilen Opfer von Kämpfen und Bombardierungen.

Kurz: In Afghanistan ist die NATO – und damit die deutsche Bundeswehr – in einen aussichtslosen Krieg verstrickt. Sie ist dabei gescheitert, Demokratie, Stabilität und Sicherheit im Land herzustellen. Das Versagen in Afghanistan zeigt, dass Besatzung, Waffengewalt und Bombardements keinen Frieden schaffen.

Bundesregierung nachhaltig auf Kriegskurs

Die Bundesregierung hält trotz alledem an ihrem militärischen Kurs fest, den sie mit ihrer »NATO-Bündnistreue« und den Interessen der Menschen in Afghanistan zu legitimieren versucht. Schrittweise hat die Regierungskoalition mit der Mehrheit der Stimmen des Deutschen Bundestags das militärische Engagement in Afghanistan bei jeder Mandatsverlängerung ausgeweitet.

Im Rahmen von Einsätzen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) ist Deutschland an Kampfhandlungen direkt beteiligt. Mit der Entsendung von Recce-Tornados im Frühjahr 2007 ist Deutschland endgültig in das Kriegsszenario eingestiegen. Gegenwärtiger dramatischer Höhepunkt ist die Entsendung einer Schnellen Eingreiftruppe im Frühling 2008 durch die deutsche Bundeswehr, die für Kampfeinsätze in ganz Afghanistan zuständig ist.

Die Beteiligung am Krieg in Afghanistan wurde der deutschen Bevölkerung lange Zeit durch die Bundesregierung sowie durch Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die FDP als Wiederaufbaumission verkauft. Mittlerweile wird immer offensichtlicher, dass dies nur ein Teil der Wahrheit war, worauf DIE LINKE immer schon beharrlich hingewiesen hat. Die Bundesregierung selbst gibt inzwischen an, dass die deutsche Bundeswehr aktiv an allen Kriegshandlungen beteiligt ist.

Die Fraktion DIE LINKE hat seit Kriegsbeginn alles dafür getan, dass dieser Krieg auch als Krieg sichtbar und nicht als Wiederaufbauhilfe verschleiert wird. Sie hat diesen Krieg von Anfang an vehement abgelehnt und gefordert, dass er sofort beendet wird.

DIE LINKE im Bundestag fordert ausschließlich zivilen Aufbau

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE ist bis heute die einzige Fraktion, die alle Anträge der Bundesregierung für die Einsatzmandate der deutschen Bundeswehr in Afghanistan einstimmig abgelehnt hat. Alle Abgeordneten haben sich in ihren Fachausschüssen für einen drastischen Kurswechsel in der internationalen und insbesondere der deutschen Afghanistanpolitik eingesetzt.

DIE LINKE ist überzeugt, dass nur mit zivilen und politischen Mitteln Freiheit und Frieden für die Menschen in Afghanistan zu erreichen ist, und lehnt jede militärische Option ab. Sie fordert deshalb den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Sie verlangt, dass alle finanziellen Mittel für den zivilen Aufbau verwendet werden. Damit fordert DIE LINKE eine sofortige und grundlegende Neuausrichtung der Afghanistanpolitik, die dem Leid der Menschen und der Zerstörung des Landes endlich ein Ende setzt.

DIE LINKE ist für den Frieden aktiv

DIE LINKE engagiert sich stark für den Frieden in Afghanistan, sowohl in der parlamentarischen als auch in der außer-parlamentarischen Arbeit. Seit ihrem Einzug in den Bundestag hat die Fraktion an die Bundesregierung etliche Anträge zur Beendigung des deutschen Einsatzes sowie unzählige Anfragen zu den Verwicklungen der deutschen Bundeswehr in den Afghanistan-Krieg gestellt. Dabei hat DIE LINKE ihr wichtigstes Ziel nie aus den Augen verloren: für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan zu streiten und deutlich zu machen, dass es in Afghanistan solange keinen Frieden geben wird, wie die Militäroperationen der »Anti-Terror-Koalition« andauern.

Bundesweit organisiert und unterstützt DIE LINKE Antikriegsveranstaltungen. Im Herbst 2007 wurde zum Beispiel die afghanische Frauenrechtlerin und Politikerin Malalai Joya nach Deutschland eingeladen, um über die Besatzungssituation, die Lebensrealitäten der afghanischen Bevölkerung und ihre eigene Situation zu berichten. Mit der deutschen und internationalen Friedensbewegung verbindet DIE LINKE ihre klare Ablehnung von Militarismus, Besatzung und Krieg.

Die Broschüre – Fragen, Hintergründe und Antworten

Im Zuge ihrer Arbeit hat DIE LINKE die dominierende Afghanistanpolitik analysiert und kritisiert. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Afghanistan werfen viele Fragen auf, die wir in dieser Broschüre aufgreifen und beantworten: Warum ist die Regierung unter Amtschef Hamid Karsai Teil der Probleme Afghanistans? Wie sieht die politische, rechtliche und soziale Situation der Menschen jenseits aller Kriegspropaganda aus? Ist der Krieg in Afghanistan durch das Völkerrecht gedeckt? Welche Problematik birgt der von der Bundesregierung verfolgte »zivil-militärische Ansatz« beim Wiederaufbau Afghanistans? Hat sich das Leben von Frauen und Mädchen unter der militärischen Besatzung tatsächlich verbessert? Was sind die Voraussetzungen für eine friedliche und nachhaltige Perspektive für Afghanistan? Diese Broschüre dient der kritischen Bilanzierung der unterschiedlichen Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan stellen. Wir bedanken uns bei Wolfgang Gehrke, Heike Hänsel und Paul Schäfer für die wertvolle Mitarbeit. Durch diese Broschüre wird ersichtlich, dass es zur Forderung der Bundestagsfraktion DIE LINKE keine vernünftige Alternative gibt: Der Krieg muss sofort beendet werden und die deutsche Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Krieg und Besatzung werden

den Menschen keinen Frieden bringen, weder in Afghanistan noch in den am Krieg beteiligten Ländern. Das Konzept, einem Land durch massive militärische und politische Besetzung zur Demokratisierung zu verhelfen und ihm die Chance zum »Nation-Building«, zum Aufbau einer Nation, zu geben, ist ein koloniales Konzept und endet in einem Protektorat, nicht aber in einem eigenständigen, wirklich demokratischen Staat.

Die Bundesregierung muss deshalb umgehend ihren Kriegskurs verlassen. Sie muss sich energisch für eine politische und zivile Lösung einsetzen und hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Sie muss alles dafür tun, damit auch die anderen internationalen Kriegsparteien in Afghanistan einsehen, dass durch ihre militärische Intervention die komplexen Probleme in Afghanistan nicht gelöst, sondern weiter verschärft werden.

Berlin, Mai 2008



A handwritten signature in blue ink that reads "Monika Knoche".

Monika Knoche
Stellvertretende Vorsitzende und
Leiterin des Arbeitskreises Internationale Politik
der Fraktion DIE LINKE



A handwritten signature in blue ink that reads "N. Paech".

Prof. Dr. Norman Paech
Außenpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE

1. Afghanistan – ein gescheiterter Krieg auf dem eurasischen Balkan

»Wir kämpfen bereits sechs Jahre in Afghanistan. Wenn wir unsere Methoden nicht ändern, werden wir auch noch die nächsten 30 Jahre in Afghanistan kämpfen«, sagte Michail Gorbatschow kurz bevor er den Befehl erteilte, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Die offizielle deutsche Politik ist noch auf die Verbreitung von Durchhalteparolen ausgerichtet. Sowohl die Regierungsparteien als auch die deutsche Medienöffentlichkeit transportieren das Bild einer kleinen Gruppe von TerroristInnen, die die Menschen in Afghanistan davon abhält, in Wohlstand, Freiheit und Frieden zu leben. Um den Menschen in Afghanistan zu helfen, sei die westliche Intervention vonnöten. Auf der Jagd nach Taliban seien auch Bomben und ihre leider nicht zu vermeidenden Kollateralschäden unvermeidbar, um islamistischen Terror auszuschalten, der die westlichen Demokratien bedrohe.

Ausländische Intervention in Afghanistan, das zeigt die afghanische Geschichte, kann nie Teil einer Lösung der innerafghanischen Probleme sein, sondern immer nur eine unüberwindbare Barriere. Der deutschen Politik dämmert es mittlerweile, dass in Afghanistan der Widerstand gegen die ausländische Intervention wächst, und fremde Truppen bleiben – unabhängig von der Missionsdefinition – in den Augen der meisten AfghanInnen, ob im Norden oder im Süden, Besatzungstruppen.

Die Stationierung ausländischer Truppen in Afghanistan ist kein Erfolgsrezept für die Lösung der Probleme im Land. Nur die Entscheidung »Bundeswehr raus aus Afghanistan« kann dazu beitragen, dass es Frieden in Afghanistan gibt. Deutsche SoldatInnen sind in Afghanistan zunehmend unerwünscht. Davon zeugt die wachsende Zahl der Anschläge auf das Bundeswehkontingent.

Viele AfghanInnen sprechen sich inzwischen dafür aus, dass nur sie selber mit Hilfe internationaler Unterstützung zur Lösung der Probleme beitragen können.

»Deutschlands Freiheit«: Durchsetzung geostrategischer Interessen

Deutschlands Freiheit müsse am Hindukusch verteidigt werden, sagte der frühere SPD-Verteidigungsminister Peter Struck. Um unser Leben frei von Terroranschlägen gestalten zu können, so die Meinung der Bundesregierung, müssten deutsche SoldatInnen

am Hindukusch eingesetzt werden. Infolgedessen muss Afghanistan weiterhin, und dies bereits im siebten Jahr, von NATO-Truppen besetzt gehalten und mit Krieg überzogen werden.

Die »Verteidigung der deutschen Freiheit« ist keine hinreichende Erklärung für das deutsche Engagement in Afghanistan. Auf der Suche nach einem »rationalen« Kern für die Erklärung von Peter Struck muss man nach den tatsächlichen deutschen Interessen in der Region fragen. Sie sind zwar nicht offensichtlich, aber erkennbar: Es ist das Interesse eines nach einer größeren Machtkontrolle strebenden Landes als Antwort auf die geostrategischen Interessen der USA in der Region. »Deutschlands Freiheit« ist also als Freiheit bei der Durchsetzung geostrategischer Interessen in der Region zu interpretieren. Deutschland will sich in Position bringen und strategische Ressourcen erobern, um sich ein gewichtiges Stück des Kuchens zu sichern.

Deutschland führt Krieg – vordergründig für Frauenrechte und Menschenrechte. Diese Begründungen sind eine bloße Verschleierung der wahren Interessen und ein Versuch, militärische Interventionen vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren.

Die US-Strategie der Vorherrschaft in Afghanistan

Die Strategie der USA gegenüber Afghanistan folgt hegemonialen Denkmustern, die Zbigniew Brzezinski, der einstige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, bereits im Jahr 1999 in seinem immer noch hochaktuellen Buch »Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft« formulierte. An diesen Denkmustern orientierte sich die Regierung des demokratischen Präsidenten Bill Clinton ebenso wie die republikanische Bush-Regierung.

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass trotz der wachsenden Bedeutung von Handel, Wirtschaft oder Innovation nach wie vor die geografische Lage für die außenpolitischen Prioritäten eines Nationalstaats bestimmend sei.^[1]

Brzezinski kommt zu einer für unser Verständnis des Krieges wichtigen Erkenntnis: Wenn die USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ihre globale Hegemonie erhalten wollen, müssen sie Eurasien beherrschen.

Mit dem »demokratischen Brückenkopf« Europa und dem »fernöstlichen Anker« Japan sei diese Vorherrschaft der USA im Ansatz gegeben. Sie müsse aber künftig aktiv befördert werden.

[1] Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 1999, S.10ff

Die sich stabilisierende Russische Föderation und das aufstrebende China könnten allerdings diese US-Dominanz infrage stellen. Brzezinski schuf den Begriff »Eurasischer Balkan« für jene Region, zu der die Gebiete von Georgien bis Kasachstan, acht GUS-Staaten und Afghanistan gehören. Diese Region ist für die Vorherrschaft der USA von existenzieller Bedeutung, weil künftige Transitwege zwischen den produktiven westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens die Region durchziehen und weil sie über gewaltige Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie andere Ressourcen verfügt. Expertisen rechnen mit Vorkommen von mindestens zehn Milliarden Tonnen Öl und mehr als acht Billionen Kubikmetern Gas – das sind ca. sechs bis sieben Prozent der Weltreserven. Deshalb sei dieses Gebiet für die USA und andere Mächte ein »ökonomisches Filetstück«.

Afghanistans geostrategische Bedeutung

In der Tat liegen die Anteile großer US-Gesellschaften wie Chevron, Exxon und Mobil Oil an den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbaidschan inzwischen bei 50 Prozent. Auch geostrategisch läuft die Entwicklung im Sinne der USA, denn in den vergangenen Jahren ist eine durchgehende militärische Bündnislinie bis ins Innere Asiens entstanden: Alle südlichen GUS-Staaten sind in NATO-Partnerschaftsverträgen eingebunden.

Im Krieg in Afghanistan geht es nicht um Öl. Afghanistan selbst verfügt über keine bedeutenden Öl- und Gasvorkommen. Afghanistan ist ein bitterarmes Land. Es hat kaum Rohstoffe. Aber es hat eine außerordentlich große geostrategische Bedeutung. Es ist ein zentrales Verbindungsglied zwischen der kaspischen Region nördlich von Pakistan und dem Indischen Ozean.

Afghanistan hat im Südosten Pakistan als Nachbarn, einen der wichtigsten Verbündeten der USA, im Westen den Iran, einen der wichtigsten Rohstoffexporteure der Welt, und als nördliche Nachbarn die an Erdgas reichen ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens. Und nicht weit von Afghanistan entfernt liegt die Golfregion mit den Erdölzentren Irak, Kuwait und Saudi-Arabien. Deshalb das besondere Interesse der USA und der NATO an Afghanistan. Durch Afghanistan, so zeigen bereits alte Pläne der USA unter der Clinton-Regierung, sollten viele Pipelines verlaufen, um Erdgas und Erdöl an den Indischen Ozean zu transportieren – vorbei an Russland und China.

Wer den Hahn dieser Pipelines kontrolliert, kontrolliert das Wirtschaftswachstumspotenzial Europas und Chinas. Wer Chinas rasanten Aufschwung zu einer der führenden Weltmächte kontrollieren will, kann es über die Energieressourcen tun. Weltweit

findet die Auseinandersetzung mit China statt, gegenwärtig am deutlichsten im Sudan. Dort wollen die USA und Europa China verdrängen, welches sich durch ein Abkommen mit der sudanesischen Regierung Zusagen zur Förderung des sudanesischen Öls gesichert hat.

Der Krieg in Afghanistan wurde nicht entfacht, weil das Land ein Hort des Fundamentalismus war. Dies mag ein Anlass für das Eingreifen des Westens gewesen sein, aber nicht die wirkliche Ursache.

Denn nach dem Ende der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion hatten die USA die Taliban massiv unterstützt und sie an die Macht gelangen lassen. Die USA hatten vor dem Einmarsch in Afghanistan mit den Taliban über den Bau einer Erdgaspipeline verhandelt. Erst als sich die Taliban als Zauberlehrlinge erwiesen, die nicht mehr nach der Pfeife des Meisters USA tanzten, wurden sie bekämpft. Dies wurde damit begründet, dass sie die Menschenrechte missachteten und sie als islamistische Fundamentalisten den Weltfrieden bedrohen würden.

Afghanistan – gescheiterter Neubeginn

Afghanistan habe Fortschritte zu verzeichnen, sagt uns die Medienöffentlichkeit im Einklang mit der Politik der etablierten Parteien Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP und im Chor mit den Eliten der deutschen Wirtschaft.

Die Wahrheit in Afghanistan sieht aber anders aus: Afghanistan gehört nach wie vor zu den ärmsten Ländern auf diesem Planeten. Daran hat sich auch im siebten Jahr nach dem NATO-Überfall auf dieses Land nichts geändert. Afghanistan muss 99 Prozent aller Waren importieren, seine Wirtschaft weist nach wie vor typische Kolonialstrukturen auf.

Krieg und insbesondere die jüngste US-Besatzung haben die Wirtschaft des Landes zerstört. Das meiste Geld wird mit Drogenanbau erwirtschaftet. Er hat die Lebensmittelproduktion im Land verdrängt. Früher fand der Mohnanbau nur in zwei an Pakistan grenzenden Randprovinzen statt. Heute wird in fast ganz Afghanistan – mit einer geringeren Produktion im Norden des Landes – Mohn angebaut und verarbeitet.

Warlords und vor allem die Präsidentenfamilie Karsai, so die Aussage ehemaliger afghanischer Regierungsmitglieder, verdienen am Drogengeschäft. Vom sogenannten Aufbauwerk in Afghanistan profitieren nur wenige AfghanInnen. Aufgebaut wird nur das, was der NATO-Besatzung und den weitverzweigten NGOs zugute kommt. Der größte Teil der Bevölkerung lebt weiterhin in bitterer Armut.

Demokratischer Neubeginn ist eine Farce

Was nach 2001 infolge der Konferenz auf dem Petersberg in Bonn als demokratischer Neubeginn Afghanistans gefeiert wurde, ist nichts weiter als eine Farce. Denn auf dieser Konferenz wurde Afghanistan den Warlords ausgeliefert. Es sind dieselben alten Eliten, die zunächst mit westlicher Hilfe die für Fortschritt stehende linksnationalistische Regierung mit islamistischer Ideologie bekämpften, die von den USA gegen die sowjetische Intervention ausgerüstet wurden und nach dem Sieg über die Sowjetunion in einem lang anhaltenden Kampf übereinander herfielen und das Land restlos ruinierten.

Mit dem Ende der Taliban-Herrschaft gab es in Afghanistan berechnete Hoffnung auf die Errichtung eines säkularen Staates, den nach wie vor viele Menschen in Afghanistan befürworteten. Unterstützung durch den Westen fanden sie allerdings nicht. Gefördert wurden die altbekannten islamisch-fundamentalistischen Kriegsfürsten, die für die Zustände, in die das Land geraten ist, verantwortlich sind, sowie die gemäßigten Islamisten, deren Interpretation der Scharia nicht weniger grausam ist als die der Taliban. »Die Repräsentanten dieser Richtungen, die mit Hilfe des Westens 2001 auf der Petersberger Afghanistankonferenz zur Macht gebracht wurden, sind erwiesene Kriegsverbrecher.«^[2] Statt einer parlamentarischen Demokratie wurde in Afghanistan eine allmächtige Präsidialherrschaft errichtet, die mit enormen Befugnissen für den Präsidenten Karsai ausgestattet wurde. Präsident Karsai, dem viele AfghanInnen eine lange Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst CIA nachsagen, war der Wunschkandidat der USA; mit ihm erhielten die USA den Erfüllungsgehilfen, den sie benötigten, um ihre Kontrolle über das Land auszuüben. Das Parlament hat in Afghanistan wenig zu sagen. Und hinter jeder Präsidialentscheidung steht der amtierende US-Botschafter in Kabul, er hat das letzte Wort. Mit einem starken Parlament könnten die USA keinesfalls so unmittelbar herrschen.

Afghanistan ließ sich nie Besatzung gefallen

Keine der in der Geschichte Afghanistans bisher erfolgten ausländischen Interventionen war letztendlich erfolgreich, die AfghanInnen haben immer wieder gegen ausländische Besatzer rebelliert. Wachsende Armut, das Ausbleiben des Wohlstands,

[2] Baraki, Matin: Afghanistan nach den Präsidentschaftswahlen, in: Ralph-M. Luedtke (Hrsg.): *Permanenter Krieg oder nachhaltiger Frieden?: Interessen, Mächte und Gegenkräfte in der Weltpolitik*. 2005, S. 105–125

den die NATO versprochen hatte, sowie die wachsende Ablehnung weiterer Besatzung sind die Hintergründe für die zweite Renaissance der Taliban. Die Kernregionen des neuen Widerstands sind die von Paschtunen bewohnten Gebiete. Hier befindet sich die Bevölkerung im Aufstand gegen die NATO und gegen die Karsai-Regierung. Dieser Widerstand greift auch nach Pakistan über, wo Paschtunen in gleicher Zahl wie in Afghanistan leben. Das destabilisiert den Atombombenstaat Pakistan.

Wir haben es mit einer neuen Form des Widerstands in Afghanistan und den Stammesgebieten Pakistans zu tun. Der Krieg gegen den Terror hat den Druck auf die vormodernen Stammesgesellschaften erhöht. Die von Kabul aus gepredigten modernen Werte werden als fremd und bedrohlich angesehen. So findet eine weitere Solidarisierung mit den Taliban statt, die einen »Islam paschtunischer Prägung predigen«, und auf eine positive Resonanz im paschtunischen Stammesgürtel stoßen. Die neue Erscheinung der Taliban wendet sich gegen jede Einmischung von außen.

Sie richtet sich gegen kulturelle Eingriffe, militärische Besatzung oder auch das Verbot des Mohnanbaus. Sie vereint Stammeskrieger, religiöse Eiferer und Drogenhändler mit Menschen, die für ihren Sold kämpfen. Der Widerstand nimmt die Form eines weitverzweigten Partisanenkriegs in einer topografischen Lage an, in der die NATO nicht gewinnen kann.

Sympathie finden die Taliban mittlerweile selbst außerhalb des paschtunischen Siedlungsgebietes. Auch in anderen Regionen des Landes wächst der Unmut über die ausländische Präsenz. Die Taliban wirken als Katalysator; es kommt zu Nachahmungseffekten im ganzen Land. Vorbei ist die Zeit, da die Bundeswehr sich in den nördlichen, von den Usbeken bewohnten Gebieten Afghanistans sicher bewegen konnte. Auch in diesen Gebieten nimmt der Widerstand zu, richtet sich gegen die ausländische Präsenz und gegen die vom Westen unterstützte Karsai-Regierung.

Einzigiger Ausweg – sofortige Beendigung des Kriegs

Auch die Bundeswehr im Norden des Landes beginnt zu spüren, dass die neuen Taliban über die paschtunischen Siedlungsgebiete hinaus an Einfluss gewinnen. Die jüngsten Ereignisse deuten darauf hin, dass die NATO – und damit die Bundeswehr – sich auch mit den Usbeken anlegt. Es ist zu bezweifeln, dass die beiden anderen großen Bevölkerungsgruppen Afghanistans, die Hasara und die Tadschiken, auf Dauer dem Präsidenten Karsai in Kabul zugewandt bleiben. Wahrscheinlicher ist, und in der Geschichte Afghanistans ist dies schon oft geschehen,

dass sich früher oder später alle traditionell verfeindeten Volksgruppen gegen die Invasoren zusammenschließen, wenn ein geeigneter Anlass dafür gegeben wird.

Die fehlende Perspektive von durchschlagenden militärischen Erfolgen, das Scheitern der Wiederaufbaubemühungen, die Isolierung der Karsai-Regierung – das alles sind gute Gründe für die ausländischen Militärs, aus dem Krieg in Afghanistan auszusteigen.



2. Die militärische Intervention verbessert die Situation von Frauen nicht

Die Legitimation des Kriegs durch den Geschlechterdiskurs

Der Krieg der USA und der NATO-Einsatz als Reaktion auf den 11. September 2001 wurden von der rot-grünen Regierung neben der Bekämpfung des Terrorismus vor allem mit der Befreiung von Frauen in Afghanistan begründet. Die Bilder von Frauen in ihren Burkas gingen um die Welt und halfen ihre Unterdrückung zu belegen. Die Informationslage über die schlechte Situation von Frauen in Afghanistan war schlagartig sehr gut. Von den westlichen Alliierten wurde sie zur Legitimierung des Kriegs genutzt. In der normativen Zielsetzung, Frauen- und Menschenrechte weltweit durchzusetzen, erhalten militärische Einsätze in den vergangenen Jahren zunehmend ihre diskursive Rechtfertigungsformel. Umstrittene Eingriffe in die Souveränität von Staaten sollen als weltordnungspolitisch notwendige »humanitäre Interventionen« gerade auch in kriegskritischen demokratischen Öffentlichkeiten Akzeptanz finden. Nicht zuletzt der Krieg, den die »Internationale Allianz gegen den Terrorismus« gegen das Afghanistan der Taliban führte, wurde in Politik und Medien weithin als Mission zur Befreiung der afghanischen Frauen legitimiert.^[3] Auch in feministischen und frauenbewegten Kreisen in der Bundesrepublik gab es ausgeprägte Debatten darüber, ob das Postulat des Antimilitarismus nicht zugunsten der Frauen in Afghanistan gebrochen werden müsse. Denn tatsächlich waren die Lebensbedingungen von Frauen unter dem Regime der Taliban sehr schlecht. »Die Behandlung von Frauen unter dem Regime der Taliban war definitiv eine beispiellose Institutionalisierung des genderbasierten Terrorismus. Tatsache ist aber auch, dass Gewalt und spezielle sexualisierte Gewalt auch schon während des kommunistischen Regimes und während der Herrschaft der Mudschaheddin auf der Tagesordnung standen.«^[4] Ebenso lang, wie die schlechte Situation von Frauen in Afghanistan bereits anhält, gibt es starke politische Kämpfe um die

[3] Kreile, Renate: Befreiung durch Krieg? Frauenrechte in Afghanistan zwischen Weltordnungspolitik und Identitätspolitik, 2005, http://www.fes.de/ipg/IPG1_2005/KREILE.PDF

[4] Medica Mondiale 2007: Women, Peace and Security in Afghanistan, Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325, S. 8

Geschlechterverhältnisse. »In wohl keinem anderen Land ist die Emanzipation der Frau so oft zum Symbol der Modernisierung erklärt worden – und hat so oft militante Aufstände der Stämme hervorgerufen«^[5], konstatiert die Journalistin Andrea Böhm. Dies betrifft sowohl die Zeit der Herrschaft des Königs Amanullah in den Zwanzigerjahren, den ein fortschrittliches Strafrecht den Thron kostete, als auch die Zeit der sowjetischen Besatzung, gegen deren Alphabetisierungspolitik zugunsten der weiblichen Landbevölkerung es heftigen Widerstand gab.

Jetzt, fast sieben Jahre nach Beginn des Kriegs der USA und ihrer Alliierten in Afghanistan, wissen wir weniger über die Situation von Frauen als jemals zuvor. Die offizielle Politik windet sich und führt immer wieder dieselben Zahlen über die Errichtung von Mädchenschulen an. Allein Informationen, wie sie uns die Politikerin und Frauenrechtlerin Malalai Joya aus Afghanistan übermittelt, und ein paar wenige Erhebungen lassen die Realität der dramatischen Lebensbedingungen von Frauen unter der Karsai-Regierung erahnen. Denn VertreterInnen internationaler Hilfsorganisationen trauen sich seit dem Erstarken der Taliban und der Nordallianz kaum noch in die Armenviertel der Städte und in weite Teile der ländlichen Regionen.

Frauen sind immer besonders von der Gewaltspirale betroffen

Frauen in Afghanistan sehen sich vor dem Hintergrund der Besatzung verschiedensten Formen von Gewalt ausgesetzt: der Bedrohung durch extremistische Kräfte, der in Kriegszeiten seit jeher ansteigenden häuslichen Gewalt und der militarisierten Gewalt durch ausländische Besatzer. Es ist außerdem anzunehmen, dass die Zahl der Prostituierten analog zur Zahl der stationierten Soldatinnen und Soldaten im Land ansteigt. Jedoch liegen der Bundesregierung laut ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE keinerlei Informationen zum Thema Prostitution in Afghanistan vor. Darin wird auch vehement zurückgewiesen, dass Bundeswehrangehörige möglicherweise während ihrer Stationierung Bordelle besuchen. Die Bundesregierung gibt lediglich an, dass anzunehmen sei, dass mehr und mehr Frauen sich dazu gezwungen sähen, sich zu prostituieren.^[6]

[5] Böhm, Andrea 23.11.2007: Der Fortschritt ist weiblich, in: Die Zeit.

[6] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE 2008: Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des NATO-Einsatzes, Drs 16/863

Ein weiteres großes Problem in Afghanistan sind Zwangsverheiratchungen, auch von Kindern. Außerdem ist als Folge der jahrelangen Gewaltanwendungen die Selbstmordrate von Frauen in Afghanistan in den letzten Jahren immens gestiegen.^[7] Malalai Joya berichtet: »Die USA und ihre Verbündeten nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.«^[8]

Rechtlosigkeit raubt den Frauen ihre Stimme

Die von der Regierung Karsai im Rahmen der »Nationalen Versöhnung« verabschiedeten Generalamnestiegesetze führen dazu, dass Frauen das Recht entzogen wird, die erlebten Verbrechen aufzuarbeiten, und dass die ehemaligen Unterdrücker weiter an der Macht bleiben. Diese anhaltende Form der Rechtlosigkeit macht es Frauen unmöglich, sich aus ihrer Opferrolle zu befreien. Die Tatsache, dass sich die afghanische Verfassung eindeutig auf die Scharia bezieht, führt dazu, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen zwar festgeschrieben ist, in der Rechtspraxis jedoch fast nie umgesetzt wird.

Politische Beteiligung von Frauen wird durch die Sicherheitslage unmöglich gemacht

Bestimmte Bereiche wie die politische Beteiligung von Frauen, lassen auf den ersten Blick durchaus Rückschlüsse auf positive Entwicklungen für Frauen in Afghanistan zu. Denn im afghanischen Parlament ist jede/r vierte Abgeordnete weiblich.« Eine Reihe weiblicher Abgeordneter wird instrumentalisiert und vor Abstimmungen mit Scheinargumenten unter Druck gesetzt«, so beschreibt die Abgeordnete Schinkai Karokhail die Situation im Parlament. »Beleidigungen durch männliche Kollegen im Parlament sind an der Tagesordnung. Einige beschimpfen mich als Prostituierte, wenn sie mich nur reden hören.«, führt sie weiter aus. Jeder zweite Mann im Parlament sei unfähig, mit der neuen Situation umzugehen. Am Schlimmsten sei es aber anzusehen,

[7] Medica Mondiale 2007: Women, Peace and Security in Afghanistan, Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325, S. 8

[8] Interview mit Malalai Joya von Heike Hänsel: Clara, September 2007

wie sich die Frauen im Parlament gegenseitig bekämpfen.^[9]

Diese Beschreibungen zeigen, dass Frauen auch innerhalb von politischen Institutionen von der Partizipation an politischen Prozessen weitgehend ausgeschlossen bleiben.

Die Frauenrechtlerin und Politikerin Malalai Joya sagt, dass die Frauen sich aus Angst vor Attacken der Extremisten nicht trauen, sich im Parlament solidarisch untereinander zu verhalten.

Noch weniger als die Frauen im Parlament können sich Frauen in ländlichen Gebieten an politischen Prozessen beteiligen. Die angespannte Sicherheitslage macht selbst kleine Versammlungen von Frauen nahezu unmöglich. Viele Frauen, wie auch Malalai Joya, verstecken sich inzwischen aus Sicherheitsgründen wieder unter der Burka. Damit sind Frauen wieder von jeder Politik ausgeschlossen.

Die Situation von Frauen in ländlichen Gebieten ist katastrophal

Während sich für Frauen in Kabul, sofern sie abseits der Armenviertel leben, leichte Verbesserungen vor allem im Bereich der Bildungsmöglichkeiten ergeben haben, sind die Frauen in den ländlichen Gebieten von den andauernden Kriegsfolgen stark betroffen. Immer noch sind über 70 Prozent der afghanischen Frauen Analphabetinnen, und 48 Prozent der afghanischen Frauen geben an, nicht ausreichend Zugang zu Grundnahrungsmitteln und Wasser zu haben. Es ist schwer vorstellbar, dass die internationale Gemeinschaft es in den letzten sieben Jahren nicht geschafft hat, Nahrung und medizinische Versorgung sicherzustellen.

Die Implementierung der Resolution 1325 hat nicht stattgefunden

All dieses macht deutlich: Die angestrebte Befreiung der afghanischen Frauen mit militärischen Mitteln hat nicht funktioniert. Nur zivile Maßnahmen können die Situation verbessern. Die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates, die auch Deutschland unterzeichnet hat, muss in Afghanistan unter allen Umständen umgesetzt werden. Denn ohne die Verbesserung der Lage von Frauen in Afghanistan wird es dort nie eine Zivilgesellschaft geben, die sich von der Unterdrückung durch Extremisten und der Besatzung befreien und die Geschicke des Landes selbst

[9] Zitiert aus: Martin Gerner 2007: Ein Kampf an vielen Fronten, Frauen im afghanischen Parlament, Eine Ambivalente Zwischenbilanz. Das Parlament, Nr. 04–05/2007

regeln kann. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass mit zivilen Mitteln erreicht wird, was es den Frauen in Afghanistan zu Beginn des Krieges versprochen hat: ihre Situation deutlich zu verbessern und Gewaltspirale endlich ein Ende zu setzen.

Malalai Joya ist die wichtigste Ansprechpartnerin der Linksfraktion in Afghanistan

Malalai Joya ist die bekannteste Politikerin Afghanistans. Sie kämpft für die Rechte der afghanischen Frauen und gegen die Macht von Islamisten und Warlords. Dafür erhielt sie von den Wählerinnen und Wählern der westafghanischen Provinz Farah bei den Parlamentswahlen 2005 ein überzeugendes Mandat. Den Einsatz ausländischer Armeen in ihrem Land lehnt Malalai Joya ab. Mit deutlichen Worten kritisiert sie die Politik der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft: »Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und der Befreiung Afghanistans, stattdessen sind die USA und ihre Verbündeten damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln.«

Immer wieder weist sie darauf hin, dass sich die soziale Situation der Frauen in Afghanistan durch die internationale Intervention nicht verbessert hat: Siebenhundert Kinder und 50 bis 70 Frauen sterben täglich auf Grund mangelnder Gesundheitsversorgung. Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist immer noch sehr hoch – 1.600 bis 1.900 von 100.000 Frauen sterben bei der Entbindung. Die Lebenserwartung liegt unter 45 Jahren. Ihre deutliche Kritik an der Regierung und an der Präsenz von Kriegsverbrechern im Parlament wurde im Mai 2007 mit dem Entzug ihres Mandats bestraft. Sie akzeptiert dieses Verfahren nicht und konnte 2008 endlich einen Anwalt finden, der sich trotz des Sicherheitsrisikos traut, sie zu vertreten. Mit ihr gemeinsam kämpfen Menschenrechtsorganisationen weltweit für die Rückgabe des Mandats und für die Umsetzung grundlegender demokratischer Rechte für Frauen und eine friedliche Entwicklung in Afghanistan.

Malalai Joya war bereits zweimal bei der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zu Gast. Die Fraktion hat Malalai Joyas Entwicklungsprojekte in der Fatah-Provinz unterstützt. Im Februar 2008 erhielt Malalai Joya den Friedenspreis des Cinema for Peace Award für den Film »Enemies of Happiness«, der Malalai Joyas Wahl zur Abgeordneten dokumentiert.



Die afghanische Politikerin und Frauenrechtlerin Malalai Joya war im September 2007 und im Februar 2008 zu Gast in der Fraktion DIE LINKE.

3. Die Kriegsbeteiligung Deutschlands, die militärischen Mandate und das Völkerrecht

Der Krieg in Afghanistan wird offiziell unter der Hoheit von zwei verschiedenen Militäreinsätzen geführt: der »Operation Enduring Freedom« (»Operation dauerhafter Frieden«, OEF) und der »International Security Assistance Force« (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, ISAF).

Während die OEF unter US-amerikanischer Führung steht, unterstand die ISAF zunächst der UN, die das Kommando 2003 der NATO übergab. Seit nunmehr fast sieben Jahren sind über 50.000 ausländische SoldatInnen unter ISAF-Kommando im Land. Offiziell führen sie Kämpfe gegen Terroristen und Aufständische und beteiligen sich am Wiederaufbau des Landes. Unter dem Kommando der OEF sind insgesamt gegenwärtig etwa 11.000 SoldatInnen im Einsatz.

DIE LINKE ist strikt gegen diese Militäreinsätze in Afghanistan sowie gegen eine Beteiligung der deutschen Bundeswehr an der Besetzung des Landes.

OEF – Operation Enduring Freedom

Die deutsche Bundeswehr ist Teil von OEF

Seit dem 16. November 2001 beteiligt sich die Bundeswehr an der OEF. Das Mandat der deutschen Bundeswehr für den Antiterrorkampf unter der Führung der USA wurde Ende 2007 zum sechsten Mal durch den Deutschen Bundestag verlängert.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beteiligt sich Deutschland mit rund 250 SoldatInnen, einer Fregatte und zwei Bordhubschraubern an der OEF am Horn von Afrika.

Das erste Mandat vom November 2001 für die deutsche Bundeswehr umfasste 3.900 SoldatInnen. Ab 2005 wurde die personelle Obergrenze schrittweise reduziert, im Jahr 2007 auf 1.400 SoldatInnen.

Zur OEF gehören auch bis zu 100 Spezialkräfte (»Kommando Spezialkräfte«, KSK). Soweit bekannt, war das KSK seit 2005 nicht mehr im Rahmen der OEF in Afghanistan im Einsatz.

Da das KSK geheim operiert, werden sowohl die Öffentlichkeit als auch der Deutsche Bundestag über den Einsatz der KSK nur unzureichend unterrichtet. DIE LINKE kritisiert diese von der Regierung betriebene Geheimniskrämerei um

die Spezialkräfte ausdrücklich, da diese Truppe eine Parlamentsarmee nach den Vorgaben des Grundgesetzes ist und keine Armee der Exekutive ohne Rechtsgrundlage.

OEF ist nicht durch das Völkerrecht gedeckt

Der UN-Sicherheitsrat hat der OEF zu keinem Zeitpunkt ein Mandat erteilt, allerdings das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta anerkannt. Am 2. Oktober 2001 beschloss der NATO-Rat den »Bündnisfall«. Die Terrorangriffe in den USA am 11. September 2001 galten demnach als Angriffe auf alle Bündnispartner der NATO. Somit trat die Beistandsverpflichtung des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages in Kraft. Bis heute, also auch im siebten Kriegsjahr, rechtfertigen die USA und die an der OEF beteiligten Länder diesen Militäreinsatz mit dem Selbstverteidigungsrecht und dem Bündnisfall.

DIE LINKE hält diese Legitimation für fadenscheinig, da Artikel 51 der UN-Charta eindeutig besagt, dass der Zustand der Selbstverteidigung nur so lange andauert, »bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat«. Mit diesen Maßnahmen hat der Sicherheitsrat bereits am 28. September 2001 begonnen, als er eine Resolution mit umfangreichen Empfehlungen zum Antiterrorkampf verabschiedet hat. Am 20. Dezember 2001 schuf der Sicherheitsrat zudem mit einer Resolution das multinationale Kommando der »International Security Assistance Force«, ISAF, also die »Sicherheitsunterstützungstruppe«, die als Kampftruppe mit einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta entsendet wurde. Mit der Schaffung dieses Militärauftrags endete die Legitimation eigenständiger »Verteidigungsmaßnahmen« der USA und ihrer Verbündeten. Darüber hinaus wurde der Militäreinsatz der ISAF im Oktober 2003 mit der Resolution 1510/2003 auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Mit der Übertragung der Zuständigkeit für ganz Afghanistan an die ISAF hatte die OEF ihre völkerrechtliche Grundlage vollends verloren.

Gegen die Tatsache, dass die OEF keine völkerrechtliche Legitimation mehr beanspruchen kann, wird von Regierungsseite und Kriegsbefürwortern eingewandt, dass alle ISAF-Resolutionen des Sicherheitsrats, einschließlich der jüngsten vom 19. September 2007, die ISAF zur Koordination mit der OEF auffordern und diese nicht in Frage stellen. Dieses Argument entkräftet nicht den Vorwurf der mangelnden völkerrechtlichen Grundlage der OEF. Denn die Aufforderung zur Kooperation bedeutet nicht, dass die OEF nunmehr über ein Mandat des Sicherheitsrats verfügt. Es besagt nur, dass der Sicherheitsrat

offensichtlich die völkerrechtliche Legitimation der Selbstverteidigung auch im siebten Jahr immer noch für gegeben hält. Diese Ansicht lässt sich allerdings nicht mit Artikel 51 der UNO-Charta vereinbaren, an den auch der Sicherheitsrat als politisches Gremium gebunden ist.

Ziele und Realitäten der Militäroperationen der OEF

Der Auftrag der OEF lautet: »Diese Operation hat zum Ziel, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten.«^[10] Das Ziel des Militäreinsatzes ist der »Krieg gegen den Terror«, mit dem Terrorismus und das Netzwerk al-Qaida beseitigt werden sollen. Die OEF führt gemäß der Argumentation der Bundesregierung zu einem »Abschreckungseffekt im Unterstützerumfeld terroristischer Gruppen und Einzeltäter«, so die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der OEF. Die Verlängerung des OEF-Bundeswehreinsatzes wurde durch die Bundesregierung auch damit begründet, dass der harte Kern terroristischer Kräfte in dieser Region bekämpft und militante Oppositionskräfte besiegt würden.^[11]

Terroristische Kräfte sind stärker als zuvor

Die OEF hat diese Ziele nicht erreicht, sondern lediglich zum Gegenteil beigetragen. Nach einer anfänglichen Schwächung der terroristischen Kräfte in Afghanistan sind diese heute stärker als jemals zuvor seit dem Einmarsch 2001. Sie kontrollieren viele Teile des Landes. Al-Qaida hat sich gut erholt, nachdem die Organisation angeblich im Jahr 2002 fast zerschlagen worden ist. Sie ist heute weiträumiger vernetzt denn je. Durch die offensiven Einsätze der Antiterrorereinheiten gibt es sehr viele zivile Opfer. Das hat dazu geführt, dass die Taliban und al-Qaida weiteren Zulauf erhalten haben.

[10] Feststellung des Bündnisfalls zur Abwehr des internationalen Terrorismus, Operation »Enduring Freedom« http://www.deutsches-wehrrecht.de/WR-AktuelleMeldungen_Text_02.html

[11] Antrag der Bundesregierung 25.10.2006: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (G-SIG: 16011249), Drs 16/3150

Tausende ziviler Opfer, Einsatz von Splitterbomben und Uranmunition

Bereits die Auftragsformulierung der OEF birgt die Gefahr einer hohen Zahl ziviler Opfer, da »TerroristInnen«, anders als Angehörige von Militärs, meist nicht unmittelbar von der Zivilbevölkerung unterscheidbar sind. Die tatsächliche Praxis der Militäroperationen der OEF nimmt Opfer unter der Zivilbevölkerung billigend in Kauf und verstößt damit gegen das Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, in dessen Zusatzprotokoll dem Schutz der Zivilbevölkerung absolute Priorität eingeräumt wird (Artikel 51, 43. I. Zusatzprotokoll von 1976). Erwiesen ist jetzt, dass die US-Truppen bei ihren Kampfeinsätzen Splitterbomben und uranhaltige Munition verwenden. Dies sind Waffen, die zwar nicht ausdrücklich verboten sind, deren Wirkung auf die Zivilbevölkerung jedoch gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. Es ist davon auszugehen, dass Munition aus abgereichertem Uran, sogenanntes »depleted uranium«, unkontrollierbare radioaktive und toxikologische Wirkung auf Menschen, auf Tiere und auf die Umwelt hat.

Sicherheitslage auf dem Tiefpunkt

Sowohl die afghanische Bevölkerung als auch die internationalen Besatzungstruppen sind tagtäglich der Gefahr von Anschlägen ausgesetzt, die Zahl der direkten Angriffe auf die ausländischen SoldatInnen hat sich deutlich erhöht. Zudem hat sich auch die Terrorgefahr in den USA und Europa vergrößert. Terroranschläge in diversen europäischen Ländern haben dies drastisch vor Augen geführt. Die in der Zielformulierung der OEF zu findende Annahme, dass der OEF-Einsatz terroristische Anschläge verhindert, lässt sich also nicht belegen.

ISAF – International Security Assistance Force

Die Bundeswehr ist Teil der ISAF

Im Oktober 2007 wurde das Mandat zur Beteiligung der deutschen Bundeswehr an der »International Security Assistance Force« (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, kurz ISAF) zum sechsten Mal um ein weiteres Jahr verlängert.

Die Stärke der NATO-geführten ISAF-Truppen wird derzeit mit rund 50.000 SoldatInnen angegeben. Die deutsche Bundeswehr kann sich gemäß ihrem Mandat bis zu einer Obergrenze von 3.500 SoldatInnen daran beteiligen. Damit stellt sie das drittgrößte Truppenkontingent nach den USA und Großbritannien. Unter der ISAF ist Afghanistan in fünf Regionen aufgeteilt.

Die Bundeswehr ist für die gesamte Nordregion zuständig und leitet das Regionalkommando Nord. Ferner ist sie für zwei von sechszwanzig »Provincial Reconstruction Teams« (Regionale Wiederaufbauteams, kurz PRT) zuständig, und zwar in Kundus und Faisarbad. Darüber hinaus wurden unter deutschem Kommando im April 2007 Tornados des Typs Recce zur Luftaufklärung nach Afghanistan geschickt, die seitdem Teil der ISAF sind.

Im August 2008 wird Deutschland die Führung der »Quick Reaction Force« (Schnelle Eingreiftruppe, QRF) für das von Deutschland geführte Regionalkommando Nord von Norwegen übernehmen. QRFs sind mobile, auf militärische Kampfeinsätze spezialisierte Einheiten, von denen jeweils eine für die fünf Regionalkommandos zuständig ist.

Es ist davon auszugehen, dass mit der nächsten Mandatsverlängerung im Herbst 2008 eine weitere Aufstockung der deutschen Streitkräfte ansteht.

ISAF-Mandat wurde schrittweise ausgeweitet

Die 2001 durch die UN-Resolution 1386 geschaffene ISAF basiert auf einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta, sie ist also eine Militärmission mit der Befugnis zum Kampfeinsatz. Zunächst wurde die ISAF nur für sechs Monate mandatiert und der Einsatz damit begründet, dass »die Situation in Afghanistan eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit« darstelle. In den folgenden UN-Resolutionen zur ISAF wurde diese Begründung bis heute wiederholt. Sie wurde zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Afghanistan regelmäßig neu mandatiert. Dabei wurde das Mandat schrittweise auf ganz Afghanistan ausgeweitet (zum Beispiel UN-Resolution 1510). Die letzte UN-Resolution 1776 vom 19. September 2007 gibt der ISAF für weitere zwölf Monate das Mandat.

Ziele und Realität der ISAF-Militäroperationen

Laut dem letzten Antrag der Bundesregierung vom 19. September 2007 zur Mandatsverlängerung der ISAF hat der ISAF-Einsatz unverändert das Ziel, die Stabilisierung, den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans zu unterstützen und abzusichern. Zudem soll verhindert werden, dass Afghanistan erneut zum Rückzugs- und Regenerationsraum des internationalen Terrorismus wird. Die ISAF wurde 2001 ursprünglich geschaffen, um die afghanische Interimsverwaltung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung zu unterstützen. In den folgenden Jahren wurde das Mandat der ISAF schrittweise geografisch und inhaltlich ausgeweitet. Im Jahr 2003 wurde das ISAF-

Einsatzgebiet auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Mit der Ausweitung des Mandats ging auch eine sukzessive Aufstockung der Truppenstärke einher, im Frühjahr 2008 sind rund 50.000 SoldatInnen unter ISAF-Kommando im Land. Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage auch im bisher als relativ sicher geltenden Norden des Landes wird eine weitere Aufstockung bereits diskutiert.

Zivil-militärisches Konzept bedroht Wiederaufbau und humanitäre Hilfe

Das ISAF-Mandat folgt einem sogenannten zivil-militärischen Ansatz. Das bedeutet, dass die Truppen eng mit zivilen AkteurInnen zusammenarbeiten und auch selbst kurzfristige humanitäre Hilfeleistungen und Wiederaufbauhilfe erbringen. Damit steht der ISAF-Ansatz im Widerspruch zu den Grundsätzen internationaler humanitärer Hilfe, die neutral, unparteilich und unabhängig sein muss. Das Militär hat einen politischen Auftrag und erfüllt daher diese Anforderungen nicht. Ganz davon abgesehen, dass SoldatInnen in der Regel nicht ausreichend qualifiziert sind, um zivile Projekte in krisen- und kriegserschütterten Ländern kompetent durchzuführen.

Erfolg der Wiederaufbauteams zweifelhaft

Sogenannte Provincial Reconstruction Teams (PRTs) werden in ihrer Bedeutung überschätzt, da die Einführung von PRTs zur Sicherheit und Stabilisierung in Afghanistan ebenfalls so gut wie nichts beigetragen hat. Die Ausgaben für die zivile und militärische Komponente sind auch hier einseitig zugunsten des Militärs verteilt (beispielsweise beim PRT Kundus in 2004 im Verhältnis 1:5). Es gibt bisher keine Analysen, die den Erfolg, der den PRTs immer wieder unterstellt wird, untermauern.

ISAF und OEF sind untrennbar verbunden

Dass die ISAF immer weniger in der Lage ist, für Sicherheit zu sorgen, lässt sich auch auf die Veränderung der Mandatsinterpretation zurückführen. In Abgrenzung zur OEF wird die ISAF nach wie vor als Friedenseinsatz beziehungsweise als Stabilisierungsmission bezeichnet. Die Bundesregierung betont immer wieder, dass die rechtliche und operative Trennung zwischen der ISAF und der OEF unverändert fortbestünde. Zwar schließt das ISAF-Mandat die Terrorismusbekämpfung aus, es erlaubt aber explizit die Bekämpfung von »Aufständischen«, unter die laut des ehemaligen deutschen UN-Sondergesandten für Afghanistan,

Tom Koenigs, auch der Widerstand gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen gehört. Spätestens seit der Süd- und Ostausweitung kämpfen die beiden Truppen Hand in Hand, die einen gegen »Aufständische« (ISAF), die andere gegen »TerroristInnen«.

Seit Oktober 2003 ist die ISAF formal für die Unterstützung der afghanischen Regierung in Gesamtafghanistan zuständig. Nachdem die NATO bereits im August desselben Jahres die Führung der ISAF-Mission übernommen hatte, begann sukzessive die Ausweitung der militärischen Kontrolle durch Aufstellung der ersten Regionalkommandos im Norden und Westen sowie den Einsatz weiterer Provincial Reconstruction Teams (PRTs). Mit der Übernahme des Kommandos über die US-amerikanischen OEF-SoldatInnen im Osten Afghanistans am 5. Oktober 2006 wurde auch de facto die Zuständigkeit der ISAF über das ganze Land hergestellt. Im Zuge dessen wurde die enge Verbindung zwischen ISAF- und OEF-Antiterrorereinsätzen erheblich verstärkt.

Die ISAF übernahm in Teilen die Rolle, Vorgehensweise und Aufgaben der OEF, so auch die aktive Bekämpfung von Aufständischen. Ferner gewährten sich ISAF- und OEF-Truppen immer häufiger bei Bedarf gegenseitige Luftnahunterstützung. Auch die Kommandostruktur des ISAF-Hauptquartiers spiegelt die Vermischung der Mandate wider: Der Kommandeur der OEF-Truppen in Afghanistan ist zugleich Chef des Regionalkommandos Ost der ISAF. Der gesamte Flugbetrieb über Afghanistan wird vom US-Stützpunkt in Katar koordiniert. Für internationale BeobachtInnen ist »die scheinbar eindeutige Trennung [...] in eine sicherheitsschaffende und terrorismusbekämpfende Operation [...] sachlich nicht länger aufrechtzuerhalten«. ^[12]

Afghanistan wird immer unsicherer

Entgegen der zentralen Zielsetzung, durch die ISAF ein »sicheres Umfeld« für den Wiederaufbau zu schaffen, hat sich der Krieg ausgeweitet und die Sicherheitssituation im Land dramatisch verschlechtert. Die bereits seit langem angespannte Sicherheitslage im Süden und Osten des Landes hat sich seit 2005 deutlich verschlimmert. Zudem ist auch eine zunehmende Destabilisierung im immer als eher ruhig geltenden Norden zu beobachten.

Die Zahl der Selbstmordanschläge, Attentate und militärischen Angriffe durch Taliban und andere bewaffnete Gruppen ist in den

[12] Kaim, Markus: ISAF ausbauen – OEF beenden, Zur Debatte um die Bundeswehrmandate in Afghanistan, SWP-Aktuell 43, Juli 2007, S. 3

letzten zwei Jahren erheblich gestiegen. Von 2005 auf 2006 hat sich die Zahl der Selbstmordattentate verfünffacht (von 27 auf 139), die der Bombenanschläge verdoppelt (von 783 auf 1.677) und die direkten Angriffe auf die westlichen Truppen haben sich nahezu verdreifacht (von 1.588 auf 4.542).^[13]

Es ist davon auszugehen, dass sich die Angriffe auf die ISAF im Jahr 2007 noch weiter intensiviert haben, da selbst die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom August 2007 einen »Anstieg sicherheitsrelevanter Zwischenfälle« feststellte.

Die ISAF ist heute eine Kampftruppe

Die ISAF wird im Sprachgebrauch der Bundesregierung und dem der KriegsbefürworterInnen der anderen Fraktionen nach wie vor als »Wiederaufbautruppe« oder »Stabilisierungstruppe« bezeichnet. Diese der ISAF anfangs zugedachte Rolle hat sie schon lange nicht mehr, sie ist in den letzten Jahren immer mehr zur Kampftruppe mutiert.

Nachdem im Sommer 2006 die NATO-Truppen mit der »Operation Medusa« ihren Einsatz auch auf die umkämpften Teile Süd- und Ostafghanistans ausgeweitet haben, sind die Auseinandersetzungen eskaliert. Die ISAF ist seitdem im ganzen Land an massiven Militäroperationen direkt beteiligt, insbesondere auch an Luftangriffen.

Die ISAF ist zunehmend (mit)verantwortlich für die steigende Zahl von zivilen Opfern. Insgesamt wird für das Jahr 2006 von 4.000 Toten ausgegangen, darunter mindestens 1.000 Zivilisten. Laut einer Meldung des ARD-Korrespondenten Heinzle gehen die toten Zivilisten, SoldatInnen und Talibankämpfer überwiegend auf Kämpfe mit ISAF-Beteiligung zurück. Für 2007 ist sogar von 6.000 Toten auszugehen.

Menschenrechtsverletzungen durch ISAF

Seit 2005 führt ISAF verstärkt Militäroperationen durch, bei denen auch Personen gefangen genommen werden. Amnesty International veröffentlichte im Dezember 2007 einen Bericht, in dem über Folter und Misshandlungen in afghanischen Gefängnissen berichtet wird. Da ISAF die Gefangenen unverzüglich an die afghanischen Behörden übergibt, besteht die Befürchtung, dass sie indirekt zu den Misshandlungen beiträgt.

[13] www.IMI-Online.de: IMI-Analyse 2007/029

Deutsche Aufklärungs-Tornados am Krieg in Afghanistan beteiligt

Seit April 2007 sind deutsche Recce-Tornados unter NATO-Kommando im gesamten Verantwortungsbereich der ISAF, also in ganz Afghanistan, im Einsatz. Dem vorausgegangen war im Februar 2007 ein Antrag der Bundesregierung, die deutsche Beteiligung am ISAF-Einsatz mit Fähigkeiten der Aufklärung und Überwachung in der Luft zunächst für ein halbes Jahr zu erweitern. Allein der Einsatz der Tornados und 500 Menschen Bodenpersonal sollten monatlich mehr als fünf Millionen Euro kosten, insgesamt für sechs Monate 35 Millionen Euro.

Seit dem Frühjahr 2007 sammeln deutsche Tornados auf Aufklärungsflügen Material, das der Planung und Durchführung offensiver militärischer Operationen der ISAF dient. Die Aufklärungsergebnisse können auch an die OEF übermittelt werden.

Ein eigenes Mandat war nötig, da der Einsatz von Tornados dem deutschen Engagement in Afghanistan eine neue Qualität verlieh. Dem Antrag stimmte der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE am 9. März 2007 zu. Bei der letzten Verlängerung des ISAF-Mandats im Herbst 2007 sind die zuvor getrennten Mandate für die ISAF und den Tornadoeinsatz in einem Mandat zusammengefasst worden.

DIE LINKE klagt gegen Entsendung der Tornados

Die Fraktion DIE LINKE zog im März 2007 mit einer Organklage vor das Bundesverfassungsgericht, um den Einsatz von Bundeswehr-Tornados zu verhindern. Die Position der Fraktion DIE LINKE ist, dass durch die Entsendung der Tornados die Rechte des Bundestags verletzt werden, da der Afghanistaneinsatz damit endgültig den Rahmen des NATO-Vertrags überschreitet und damit eine faktische Änderung des Vertrags vorliegt. Bei einer solchen muss aber der Deutsche Bundestag mitwirken, was nie geschehen ist.

Die Klage wurde abgewiesen. Das Bundesverfassungsgericht schloss sich der Regierungsposition an und wertete den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr als Krisenreaktionseinsatz, der der Sicherheit des euroatlantischen Raumes diene und sich damit im Rahmen der bestehenden NATO-Strategie bewege. Auch die regionale Begrenzung des NATO-Vertrags sei nicht überschritten worden, da der Krisenreaktionseinsatz in Afghanistan noch in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit den Angriffen vom 11. September 2001 stehe. Darüber hinaus habe er sich nicht vom Zweck der Friedenserhaltung abgekoppelt.

Übernahme von QRF:

Weitere Aufweichung des Bundestagsmandats

Quick Reaction Forces sind Kampfverbände, die als taktische Reserven dienen und in der Lage sind, offensive militärische Operationen durchzuführen. Die Truppenstärke einer QRF ist nicht festgelegt. Die norwegische QRF, die im Sommer 2008 von den Deutschen abgelöst wird, besteht derzeit aus etwa 250 SoldatInnen.

Durch die Übernahme der QRF bekommt Deutschlands militärisches Engagement in Afghanistan abermals eine neue Qualität. Neue Aufgaben werden übernommen. Angesichts der sich stetig verschlechternden Sicherheitslage und des hohen Stellenwerts der Aufstandsbekämpfung in der ISAF-Strategie werden offensive Kampfaufträge für die ISAF weiter zunehmen und dadurch mögliche Einsätze von QRF erforderlich machen. Damit wird auch die Wahrscheinlichkeit steigen, dass deutsche SoldatInnen gemeinsam mit der OEF eingesetzt werden. Dies würde aber eine Überdehnung des ISAF-Mandats darstellen.

Darüber hinaus können andere Regionalkommandos Unterstützung vom deutschen Regionalkommando Nord anfordern, was bedeutet, dass diese ihre QRF zum Beispiel auch in umkämpfte Gebiete im Süden schicken muss.

Der reguläre Einsatz der deutschen Bundeswehr ist durch die Bundestagsmandate auf den Norden beschränkt, Ausnahmen sind zeitlich und im Umfang begrenzt möglich.

Mit der Übernahme der QRF besteht die Gefahr, dass die Ausnahme zur regelmäßigen Praxis wird.

Die NATO hält am Krieg fest

Die Bundesrepublik hat sich als drittgrößter Truppensteller mit ihrem militärischen Engagement in einen Krieg in Afghanistan verstrickt. Die Bundeswehrmandate zur Kriegsführung wurden schrittweise mit der Begründung ausgeweitet, den Menschen in Afghanistan Frieden und Sicherheit zu bringen. Die Afghanistanpolitik wurde der militärischen Logik unterworfen, Völkerrecht und Menschenrechte wurden verletzt.

Die bittere Bilanz dieser Kriegspolitik ist, dass Afghanistan ein politisch und sozial destabilisiertes Land ist, dessen Menschen unter dem Krieg und seinen Folgen leidet. Die NATO und auch die Bundesregierung halten trotz allem an der militärischen Intervention fest und diskutieren bereits über eine weitere Aufstockung der Truppen und damit über eine Intensivierung der Kämpfe. Ein Ende des Kriegs ist unter diesen Vorzeichen nicht absehbar.

DIE LINKE: Völkerrecht in vollem Umfang achten und Bundeswehr abziehen

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert, die Bundeswehr aus Afghanistan zurückzuziehen. DIE LINKE lehnt Krieg als Mittel der Politik definitiv ab. Afghanistan braucht die politische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und deren massive Anstrengungen für einen zivilen Aufbau. Das Militär braucht sie nicht. Die Bundesregierung muss sich endlich vom verfehlten Kriegskurs abwenden und eine drastische Wende in ihrer Afghanistanpolitik einleiten. Das bedeutet, dass sie das Völkerrecht wieder achtet, keine weiteren Mandatsverlängerungen für die Bundeswehr vornimmt und sich ausdrücklich für einen rein zivilen Aufbau Afghanistans einsetzt.

Afghanistan-Zeitleiste

Spätsommer 1994	Taliban treten erstmals in Südafghanistan auf
Oktober 1995	Einnahme Herats durch die Taliban
September 1996	Kabul fällt in die Hände der Taliban, Gründung der »Nordallianz« als Reaktion
19. Dezember 2000	UN beschließen Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten, Usama Bin Laden auszuliefern
10. März 2001	Zerstörung der Buddhastatuen von Bamian durch die Taliban
11. September 2001	Anschläge auf Ziele in den USA
20. September 2001	USA fordern erneut Auslieferung Usama Bin Ladens
7. Oktober 2001	USA beginnen im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« mit der Bombardierung von Stellungen der Taliban und rufen den NATO-Bündnisfall (Artikel 5) aus
8. November 2001	Nordallianz nimmt Masar-i-Scharif ein
12. und 13. November 2001	Taliban ziehen sich aus Kabul zurück
25. November 2001	Kundus fällt als letzte Bastion der Taliban in Nordafghanistan
8. Dezember 2001	Taliban verlieren ihre letzte wichtige Bastion Kandahar, und ziehen sich in das Grenzgebiet zu Pakistan sowie ins südliche Zentralafghanistan zurück
27. November bis 5. Dezember 2001	Petersberger Konferenz – Bonner Abkommen
20. Dezember 2001	Die UNO beschließt die ISAF-Resolution 1386
22. Dezember 2001	Vereidigung von Hamid Karsai als Interimspräsident

21. Januar 2002	Internationale Geberkonferenz in Tokio
Juni 2002	Die große Ratsversammlung, Emergency Loja Dschirga, bestätigt Hamid Karsai als Präsidenten der Übergangsregierung
Herbst 2002	USA etablieren Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in größeren Städten
November 2003	Bundeswehr übernimmt PRT in Kundus
4. Januar 2004	Verfassungsgebende Loja Dschirga verabschiedet die neue Verfassung
31. März 2004	Internationale GeberInnenkonferenz in Berlin
September 2004	Bundeswehr übernimmt PRT in Faisabad
9. Oktober 2004	Hamid Karsai wird mit 55,5 Prozent zum Präsidenten gewählt
18. September 2005	Parlamentswahlen
19. Dezember 2005	Konstituierung des afghanischen Parlaments schließt den Petersberger Prozess offiziell ab
31. Januar bis 1. Februar 2006	Internationale GeberInnenkonferenz »Afghanistan Compact« in London: Internationale Gemeinschaft einigt sich darauf, ihr Engagement im Land fortzuführen
1. Juni 2006	Deutschland übernimmt das Regionalkommando Nord
31. Juli 2006	ISAF übernimmt den Süden
Sommer 2006	Taliban gelingt es, Kandahar zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden
Oktober 2006	ISAF übernimmt den Osten
Winter 2006/2007	NATO stockt Truppen auf
Anfang April 2007	Bundesregierung entsendet Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe
Frühling 2008	Übernahme der QRF durch Deutschland...



Mitglieder der Fraktion DIE LINKE protestieren bei der Friedensdemonstration am 15. 9. 2007 in Berlin gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

4. Das Problem der zivil-militärischen Zusammenarbeit

Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnt die Civil-Military Cooperation (zivil-militärische Zusammenarbeit, CIMIC) in der Einsatzplanung der NATO-Streitkräfte zunehmend an Bedeutung. CIMIC steht für die Interaktion zwischen zivilen und militärischen AkteurlInnen und für den Versuch, durch Kontakte mit der Bevölkerung, kurzfristige humanitäre Hilfeleistungen und Wiederaufbauhilfe die Akzeptanz von Truppen am Einsatzort zu stärken und damit die Gefahr von Anschlägen auf die Streitkräfte zu verringern. In Afghanistan findet die zivil-militärische Zusammenarbeit ihre Umsetzung in den Provincial Reconstruction Teams (PRTs), die Teil des UN-mandatierten Einsatzes der ISAF unter Führung der NATO sind.

Die deutsche zivil-militärische Zusammenarbeit

Eine öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ), die von der Fraktion DIE LINKE initiiert wurde, beschäftigte sich am 25. Oktober 2006 mit den deutschen Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Afghanistan. Die deutschen PRTs im afghanischen Norden (Kundus und Faisabad) werden von einer zivil-militärischen Doppelspitze mit je einem Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) geleitet. Außerdem arbeiten MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesinnenministeriums (BMI) innerhalb des zivilen Bereichs der PRTs. Die Bundesregierung stellt die deutschen PRTs als Erfolg dar. Allerdings räumte sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE ein: »Eine regelmäßige Evaluierung der deutschen PRTs findet nicht statt.« Den aktuellen Entwicklungen in Afghanistan zum Trotz hält sie gleichwohl an der Einschätzung fest: »Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung begrüßt und schätzt das deutsche Engagement im Rahmen der PRTs sehr, sowohl in Bezug auf die Stabilisierungsbeiträge als auch die Wiederaufbauleistungen.«^[14]

[14] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer und weiterer Abgeordneter und Fraktion DIE LINKE: Zivil-militärische Zusammenarbeit, Drs 16/3673

EntwicklungshelferInnen in Uniform

Bundeswehr- und andere NATO-SoldatInnen treten im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit als EntwicklungshelferInnen auf. Sie kooperieren mit den Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, mit humanitären Hilfsorganisationen und mit zivilen Verwaltungen. Und sie übernehmen teilweise deren Aufgaben. Das Ziel dieses Engagements ist primär ein taktisches: Informations- und Personalaustausch mit den anderen Akteu-rlInnen, gegenseitige logistische Unterstützung, und vor allem: Vertrauensbildung bei der Bevölkerung, also die Herstellung von Akzeptanz und eines sicheren Umfelds für den Militäreinsatz. Die zivilen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und der humanitären Hilfe reagieren dabei unterschiedlich auf diese »Verstärkung«. In einer schriftlich vorgelegten Stellungnahme für den Entwicklungsausschuss lobt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) das »koordinierte Agieren« mit den PRTs. In Nordafghanistan sei eine hohe Akzeptanz der Bundeswehr zu beobachten. Das deutsche PRT-Modell habe sich bewährt, eine Konkurrenzsituation zwischen militärischen und zivilen Aufgaben sei nicht erkennbar.^[15] Andere Organisationen kritisieren das zivil-militärische Konzept jedoch eindeutig.

Die Bundesregierung leugnet die Verwechslungsgefahr

Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe und einer der in den Entwicklungsausschuss eingeladenen Sachverständigen, erläuterte in seiner Stellungnahme die Risiken, die davon ausgehen, dass die NATO bzw. die ISAF keine rein militärische Zielsetzung mehr verfolgen, sondern Aufgaben übernehmen, die weit über ihr eigentliches Mandat hinausgehen. Insbesondere kritisierte Preuß den Umstand, dass Militärs kaum noch von zivilen Helfern zu unterscheiden seien, unter anderem weil sie weiße, ungekennzeichnete Fahrzeuge fahren würden. Entwicklungsorganisationen würden auf diese Weise, so Preuß, »in den Sog des Vertrauensverlustes [gegenüber dem Militär] auf Seiten der Bevölkerung hineingezogen«. Die Entwicklungsorganisationen reagieren teilweise auf dieses Verwechslungsrisiko, indem sie ihre weißen Wagen umspritzen oder einheimische Wagen fahren. Der als Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums zur Anhörung geladene Oberstleutnant Norbert Falkowski bestätigte, dass sich SoldatInnen der Bundeswehr mit zivilen

[15] Zitiert in: Heute im Bundestag, 26.10. 2006

Kritik der NGOs am zivil-militärischen Konzept

Folgende Aspekte werden von NGOs, die in Afghanistan im Einsatz sind, gegen das zivil-militärische Konzept angeführt:

- *Für die humanitäre Nothilfe bedeutet die Zusammenarbeit mit dem Militär bzw. die Übernahme eines Teils ihrer Aufgaben durch das Militär den Verlust von Neutralität, die für ihre Arbeit wichtig ist. Ihr humanitäres Anliegen ist schwer mit dem politischen Auftrag von Besatzungstruppen zu vereinbaren.*
- *Die Nähe der Entwicklungs- und humanitären NothelferInnen zum Militär provoziert Verwechslungsgefahren: Die EntwicklungshelferInnen werden als Bestandteil einer Besatzungsmacht wahrgenommen und zum Ziel von Anschlägen.*
- *Die Vermischung von Entwicklungs- und militärstrategischen Zielen führt zu einer Konzentration der Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf solche Regionen, die von besonderem sicherheitspolitischem Interesse sind. Nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen konkurrieren mit den PRTs um finanzielle Förderung.*
- *Militärische Einheiten sind nicht qualifiziert, Aufgaben der EZ und der humanitären Hilfe sachgemäß zu übernehmen.*

Fahrzeugen – also weißen Jeeps ohne ausreichende Kennzeichnung – in Kundus und Kabul bewegen und erklärte dies mit Kostengründen. Die PRT-Einheiten nutzten zivile Fahrzeuge, da diese billiger zu beschaffen seien. Die Fahrzeuge seien aber als militärisch gekennzeichnet. »Eine Verwechslungsgefahr besteht dennoch«, räumte Falkowski ein.^[16]

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE behauptete die Bundesregierung, dass die Bundeswehr »grundsätzlich« eindeutig gekennzeichnete militärische Fahrzeuge nutze. Auf genaue Nachfrage der Fraktion DIE LINKE hin wurden Ausnahmen jedoch eingeräumt. Diese wurden mit dem Argument begründet, dass die Uniformierung der SoldatInnen auch dann für die Unterscheidung von Zivilpersonen hinreichend sei, wenn sie sich in zivilen Fahrzeugen fortbewegten.

Gefährdung von EntwicklungshelferInnen

Die zu große Nähe zum Militär kann für die EntwicklungshelferInnen tödlich sein: 30 KollegInnen wurden in Afghanistan bereits

[16] Zitiert in: Heute im Bundestag, 26.10. 2006

getötet, sagte Dr. Preuß auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Welthungerhilfe, Medico International und Terre des hommes Anfang September 2006. Terre des hommes forderte deshalb eine »klare Aufgabenteilung« zwischen Militär und zivilen Hilfsorganisationen in Konfliktsituationen und erklärte: »Unser größter Schutz sind die lokal verankerten Partnerorganisationen.«^[17]

Entwicklungshilfe als Teil der Sicherheitspolitik

Mit der engen finanziellen und personellen Verknüpfung und der ressortübergreifenden Koordination der Aktivitäten von BMVg, BMI, BMZ und AA werden die PRTs von der Bundesregierung gerne als Vorzeigemodell angeführt, mit dem der Anspruch aus dem Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« umgesetzt wird, »alle verfügbaren Instrumente der Krisenprävention in einem einheitlichen, von der zivilen Zielsetzung bestimmten Politikansatz« zusammenzuführen. Zivile Krisenprävention soll in diesem Sinne nicht als Abgrenzung zu militärischem Engagement verstanden werden, sondern dieses ausdrücklich mit einschließen.^[18] Unter dem Begriff »vernetzte Sicherheitspolitik« wird von Mitgliedern der Bundesregierung und Abgeordneten der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zunehmend einer engeren Verflechtung von Entwicklungszusammenarbeit mit den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Deutschlands das Wort geredet. Dabei handelt es sich nicht nur um eine operative Vernetzung militärischer und entwicklungspolitischer Strukturen vor Ort, sondern um einen neuen »integrierten« politischen Ansatz in Krisenregionen. Im Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr von 2006 wird Entwicklungspolitik als Element der Sicherheitsvorsorge angeführt.^[19]

Militarisierung der Entwicklungspolitik

Interessanterweise waren es insbesondere Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die den zivil-militärischen Ansatz stark vorangetrieben haben. So antwortete die damalige Grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt 2005 in einem Interview auf die Frage nach Vorbehalten der Entwicklungsorganisationen gegenüber integrierten zivil-

[17] Streicher, Ruth: Antiterrorkampf schadet Entwicklungshilfe. Entwicklungsorganisationen beklagen Abwertung der Nord-Süd-Kooperation seit den Anschlägen des 11. September, Taz, 9. 9. 2006

[18] vgl. Erster Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans, Drucksache 16/1809

[19] Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, 2006

militärischen Ansätzen: »In Zeiten von globalen Herausforderungen brauchen wir neue Allianzen, denn die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist auch Teil unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Entwicklungszusammenarbeit kann in fragilen Staaten nur dann etwas ausrichten, wenn diese Länder zugleich sicherheitspolitisch stabilisiert werden.« Dabei verwies sie auf den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention« des Auswärtigen Amts.

Entwertung der Entwicklungspolitik als Folge der Militarisierung

Misereor, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst äußerten in ihrem gemeinsamen Papier »Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Intervention?« vom Juli 2003 die Befürchtung, dass die Entwicklungspolitik »in eine veränderte Rolle und Position« gedrängt und zur indirekten Kriegskostenfinanzierung herangezogen würde und dass es zu einer Verschiebung von langfristiger struktureller Hilfe hin zu Wiederaufbaumaßnahmen mit schnell sichtbarem Erfolg und zur Krisenprävention in Konfliktregionen kommen könnte, dass also insgesamt die langfristig angelegte Hilfe an Gewicht verlöre. Zugleich sehen sie die Gefahr, dass es zu einer Gewöhnung an das Militär als Friedensstifter und Entwicklungsagentur kommen könnte – mit negativen Konsequenzen für langfristig angelegte Strategien des zivilen Konfliktmanagements und des Interessenausgleichs. Sie äußerten darüber hinaus die Befürchtung, dass sich durch die Nähe der Entwicklungsarbeit zum Militär langfristig ein neuer Blick auf die Armutprobleme etablieren könnte, in dem die Armen zunehmend als Bedrohung wahrgenommen werden.^[20]

Vernachlässigung sicherheitspolitisch nicht relevanter Bereiche

»Wir sind die Opfer unseres Friedens«^[21], beschreiben BewohnerInnen der vergleichsweise ruhigen afghanischen Provinz Bamian ihre Situation und äußern ihren Unmut darüber, dass das Hauptaugenmerk des Wiederaufbaus auf solche Regionen gerichtet wird, die unter sicherheitspolitischen Erwägungen von größerem strategischem Interesse sind. Diese ungleiche Verteilung von Wiederaufbauhilfe bestätigen auch die Aussagen von Acbar,

[20] Misereor, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst 2007: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Intervention?

[21] Münch, Peter: Vergessen im Schatten der Buddhas, Süddeutsche Zeitung. 11. 10. 2006

einer Dachorganisation von fast 100 Hilfsorganisationen. Was die Menschen vor Ort im Kleinen bemerken, wird von Durchführungsorganisationen auch im Großen als Tendenz kritisiert.^[22]

Die Deutsche Welthungerhilfe, Medico International und Terre des hommes kritisierten Anfang September 2006: »Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe werden zunehmend unter ein militärisch dominiertes Sicherheitskonzept gestellt.« Sie würden für den Antiterrorkampf instrumentalisiert, die Hilfe in Krisenregionen, die in diesem Zusammenhang nicht interessant seien, trete dahinter zurück. Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Dr. Hans-Joachim Preuß, argumentierte, dass Hilfsgelder neuerdings bevorzugt in Konfliktregionen fließen. So sei der Deutschen Welthungerhilfe ein Engagement im Irak mit dem Hinweis nahegelegt worden, dass es »an Geld nicht fehlen solle«.^[23] Seit den militärischen Einsätzen in Afghanistan und Kongo seien die Etats für Entwicklungsprojekte auch in diesen Ländern »auf kaum nachvollziehbare Weise« angestiegen. Entwicklungsorganisationen sähen sich inzwischen häufig in der Situation, nur noch die »Aufräumarbeiten« nach militärischen Interventionen übernehmen zu können. Die genannten Organisationen sprachen sich in diesem Zusammenhang gegen das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit aus.

Negative Konsequenzen des zivil-militärischen Ansatzes

In Afghanistan sind die negativen Konsequenzen des zivil-militärischen Ansatzes im Rahmen der ISAF deutlich erkennbar. Aufgrund der engen Anbindung humanitärer und ziviler Organisationen an die militärischen Strukturen (Bereitstellung von Infrastruktur, Vermittlungstätigkeiten, Bereitstellung von Geldern) sind diese Organisationen für die Bevölkerung häufig nicht mehr eindeutig von den militärischen Einheiten zu unterscheiden. Zivile AkteurInnen büßen somit Anerkennung und ihre Neutralität ein und werden selbst zum Ziel von Anschlägen. Als Folge dieser »Infizierung« ziviler Hilfsprojekte durch das Militär haben zahlreiche Hilfsorganisationen ihre Arbeit nicht mehr oder nur noch stark eingeschränkt weiterführen können und sich aus Afghanistan zurückziehen müssen.

[22] Misereor, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst 2003: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Intervention? Aachen, Bonn, Stuttgart

[23] Streicher, Ruth: Antiterrorkampf schadet Entwicklungshilfe.

Entwicklungsorganisationen beklagen Abwerbung der Nord-Süd-Kooperation seit den Anschlägen des 11. September, Taz, 9. 9. 2006

PRTs können die Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen

Die Projekte zivil-militärischer Zusammenarbeit in Afghanistan, die Provincial Reconstruction Teams (PRTs), werden überschätzt. Das Ergebnis einer Auswertung von 40 Studien zu PRTs durch das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen attestiert »eine schwache oder gar keine feststellbare Effizienz« der PRTs im Hinblick auf die Ziele Sicherheit, Stabilisierung, Institutionenbildung und Wiederaufbau. Die Ausgaben für die zivile und militärische Komponente sind auch hier einseitig zugunsten des Militärs verteilt. So wurde zum Beispiel vom PRT Kundus im Jahr 2004 im Verhältnis fünfmal so viel Geld für militärische wie für zivile Maßnahmen ausgegeben.^[24] Zudem hat sich aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage eine »Wagenburgmentalität« herausgebildet. Nur 10 bis 20 Prozent der deutschen SoldatInnen verlassen während ihres Einsatzes überhaupt den Stützpunkt.^[25]

Die Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung, Dr. Ute Finckh-Krämer argumentierte auf der bereits oben erwähnten Ausschussanhörung »[das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit] sei ein falscher Ansatz, weil das Hauptziel, die Sicherheit und Akzeptanz des Militärs zu erhöhen, mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen nichts zu tun hat«. Sie führte außerdem an, »dass der ständige Wechsel des militärischen Personals und ihre verglichen mit entwicklungspolitischen Akteuren völlig unzureichende Ausbildung in interkultureller Zusammenarbeit sowie konstruktivem Umgang mit Konflikten einen langfristig wirksamen Beitrag der militärischen Seite zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele unmöglich macht«. Sie sprach die Empfehlung aus, Projekte des Wiederaufbaus in rein zivile Trägerschaft zu geben, und forderte eine Neuausrichtung des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse mit einer Konzentration auf die Armutsbekämpfung und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung.

Zivile Hilfe muss zivil organisiert werden

Es ist ein Widerspruch in sich, zu behaupten, militärische Instrumente könnten einen Beitrag zu zivilem Konfliktmanagement leisten. Hier setzt die grundsätzliche Kritik der Fraktion DIE LINKE

[24] Noetzel, Timo; Scheipers, Sibylle 2007: Die NATO in Afghanistan: Das Bündnis und die Grenzen seiner Strategiefähigkeit. SWP-Aktuell 44, August 2007, S.39

[25] Noetzel/Schneipers 2007: 39

an der Ausrichtung des Aktionsplans »Zivile Krisenprävention« der Bundesregierung und der damit verbundenen Praxis an. In unterschiedlichsten Facetten wurde dieser Widerspruch in der Ausschussanhörung deutlich. Zivile Krisenbearbeitung muss zivil formuliert werden. Zivile Instrumente müssen entsprechend ausgestattet, oft überhaupt erst entwickelt werden. Zivile Projekte müssen in zivile Hände gelegt werden, wo die entsprechende Expertise und die langfristige Orientierung für das Erreichen struktureller Veränderungen vorhanden sind und nicht tagesaktuelle Interessen und militärstrategische Überlegungen dominieren.

Je mehr Geld in den militärischen Bereich investiert wird, desto weniger bleibt für die zivile Entwicklung übrig. Allein die USA haben für ihr militärisches Engagement in Afghanistan seit 2001 127 Milliarden US-Dollar ausgegeben.^[26] Währenddessen warten die AfghanInnen noch auf die Auszahlung eines großen Teils der von den westlichen GeberInnen versprochenen zivilen Unterstützungsleistungen.^[27] Die Dachorganisation Acbar, die 94 in Afghanistan tätige Hilfsorganisationen vertritt, hat unlängst festgestellt, dass seit 2001 erst 15 Milliarden Dollar der versprochenen 25 Milliarden Dollar Hilfsgelder im Land angekommen sind. Davon flossen 40 Prozent unter anderem in Form von Unternehmensgewinnen und BeraterInnengehältern wieder zurück in die GeberInnenländer.

Auch Deutschland muss sich an dieser Stelle vorrechnen lassen, dass es bisher weniger als zwei Drittel der zugesagten Gelder für Afghanistan bereitgestellt hat.^[28] Diese Schiefelage auszugleichen wäre ein guter Ausgangspunkt für eine zivile Wende.

Perspektiven einer zivilen Aufbauhilfe

Für Afghanistan selbst bedarf es einer entwicklungspolitischen Offensive – eingebettet in ein kohärentes, ziviles Gesamtkonzept aller in Afghanistan operierenden Staaten. Ein Paradigmenwechsel hin zu einer zivilen Afghanistanstrategie verbunden mit einem Rückzug aller ausländischen Truppen muss eingeleitet werden. Die Hilfsorganisation Oxfam stellt fest, dass die (potenziell) gewaltträchtigen Konfliktfelder in Afghanistan so unterschied-

[26] Ciesinger, Ruth: Staat ohne Geld, Tagesspiegel, 31.3.2008

[27] Medica Mondiale: Pressemitteilung, April 2008

[28] ACBAR 2008: Press Statement – Major Donors failing Afghanistan due to \$10bn aid shortfall, http://www.acbar.org/downloads/ACBAR%20Press%20Statement%20on%20Aid%20Effectiveness%20_English%20Version%2025%20Mar%2008_.pdf [2.4.2008, 12.13 Uhr]

licher Natur sind wie die Wahrnehmung der Gewaltakteure durch die Bevölkerung. Großes Konfliktpotenzial wird solchen Auseinandersetzungen zugeschrieben, die auf der lokalen Ebene zum Beispiel um den Zugang zu Wasser und Land oder in bzw. zwischen familiären oder Clanstrukturen ausgetragen werden. Als Gewaltakteure werden neben den Taliban in hohem Maße lokale Warlords und Drogendealer, aber auch die internationalen Truppen wahrgenommen. Zugleich weist Oxfam darauf hin, dass die AfghanInnen zur Schlichtung von Konflikten vorzugweise auf traditionelle Mechanismen oder Vermittlungsinstanzen zurückgreifen und sich an ihre lokalen Autoritäten, wie die Ältestenräte, wenden.^[29]

Für eine effektive zivile Aufbauhilfe wäre demnach wesentlich, dass lokale AkteurInnen viel stärker in alle Prozesse einbezogen werden, als das im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Die unterschiedlichen vorhandenen Interessen müssen sich artikulieren und in einen Austausch gebracht werden. Mehr Partizipation muss organisiert werden. Viel mehr Menschen müssen in die Suche nach Lösungen für eine zivile Krisenprävention einbezogen werden.

[29] Oxfam: Community Peacebuilding in Afghanistan – The Case for a National Strategy, Februar 2008

STOPPT DEN TERROR DES ISLAM
HUMANITÄRE HILFE
BRAUCHT KEIN MILITÄR



Frauen der Fraktion DIE LINKE fordern am 10. 9. 2007 vor dem Brandenburger Tor in Berlin, den Afghanistan-Krieg zu beenden.

5. Drogenanbau und neoliberale Wirtschaftspolitik

In Afghanistan wird eine »offene« Wirtschaft implementiert. Die Wirtschaftsreformen des Landes, zum Beispiel durch Einführung von Investitionsschutzabkommen, folgen einem extrem neoliberalen Modell.

Die Bundesagentur für Außenwirtschaft lobt in ihrem Jahreswirtschaftsbericht, dass Afghanistan als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden könne. Handelsbeschränkungen und Subventionen seien praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeige sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.^[30]

Ökonomie abhängig vom Ausland

Zu einem effektiven und demokratischen Staat gehört auch die Sicherstellung einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung, die den Menschen eine Lebensgrundlage verschafft. Die Bundesregierung betont immer wieder, dass in Afghanistan ein »beträchtliches Wirtschaftswachstum« zu verzeichnen sei: Seit 2001 stiegen die Exporte um 10 bis 30 Prozent jährlich an. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass 90 Prozent der Waren auf dem afghanischen Markt importiert sind. Die Zoll- und Steuereinnahmen des afghanischen Staates im Haushaltsjahr 2004/2005 betragen mit rund 200 Millionen US-Dollar nur 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das heißt, dass praktisch alle investiven Staatsausgaben durch die internationale Gebergemeinschaft finanziert sind. Die bittere Wahrheit ist, dass der größte Anteil der afghanischen Wirtschaftsleistung mit dem Drogenanbau und -handel verknüpft ist, der allerdings illegal abgewickelt wird und damit dem Staat nicht einmal Steuern einbringt.

Zu den einflussreichsten ausländischen Wirtschaftsakteuren in Afghanistan gehört Iran. Afghanistan ist einer der wichtigsten Absatzmärkte Irans und in weiten Gebieten des Nordwestens und des Westens spielen iranische Unternehmen und Fabriken mittlerweile eine erhebliche Rolle. Darüber hinaus wird der

[30] http://www.kabul.diplo.de/Vertretung/kabul/de/05/Aussenwirtschaftsfoerderung/Jahreswirtschaftsbericht_Afg_DownloadDatei,property=Daten.pdf

afghanische Markt mit chinesischen Billigprodukten überschwemmt und China ist mit einem Anteil von rund 20 Prozent der größte Importeur Afghanistans.^[31]

Agrarentwicklung – auf den Feldern blüht der Mohn

In Afghanistan findet heute 92 Prozent der gesamten Weltproduktion von Opium statt. Über 80 Prozent der afghanischen Wirtschaft sind mit der Schlafmohnproduktion verknüpft, schätzungsweise 13 Prozent der Gesamtbevölkerung (2006) sind im Drogenanbau beschäftigt. Nach Angaben des UN-Büros für Drogen und Verbrechen ist die Anbaufläche für Schlafmohn in Afghanistan in den letzten Jahren dramatisch angestiegen, allein von 2005 bis 2006 um 59 Prozent. Dass sich der Drogenanbau so entwickeln konnte, lässt sich auch darauf zurückführen, dass es in der Regierung Vertreter gibt, die vom Drogenhandel profitieren und ihn deshalb schützen. Lokale Politik und Opiumproduktion sind fest miteinander verknüpft.

DIE LINKE sieht in der Schaffung alternativer Existenzgrundlagen für die Drogenbauern und -bäuerinnen den einzigen Lösungsweg. Diese Umstellung dauert allerdings Jahre, und kurzfristige Erfolge werden aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen ausbleiben. Denn der Anbau anderer Produkte ist viel aufwendiger als der von anspruchslosen Mohnpflanzen und keinesfalls so einträglich. Zudem mangelt es an einer Infrastruktur, die den Bauernfamilien einen Verkauf dieser Produkte ermöglichen würde, also an Straßen ebenso wie an Märkten. Das heißt, dass die AfghanInnen zum Überleben ihrer Familien weiterhin den illegalen Anbau von Schlafmohn für die Opiumproduktion betreiben, solange keine anderen ökonomisch attraktiven und legalen Erwerbsquellen existieren. Auch deshalb ist die chemische Vernichtung der Mohnfelder kein Ausweg. Abgesehen von der dadurch erzeugten ökologischen Katastrophe und den massiven gesundheitlichen Folgen würde diese repressive Maßnahme nur alle Bemühungen der Aufstandsbekämpfung noch schneller scheitern lassen, da sie die Menschen in die Arme der militanten Opposition treibt. Der lizenzierte Mohnanbau für medizinische Zwecke könnte ein Ausweg aus der Problematik bilden und Bäuerinnen und Bauern eine Lebensgrundlage verschaffen. Die Fraktion DIE LINKE hat zu diesem Thema einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht.

[31] Bahman Nirumand: Macht durch Masse, Taz, 22. 9. 2007

6. Soziale Situation – wichtige Ziele wurden in Afghanistan nicht erreicht

»Frieden in Afghanistan – Sicherheit für uns«, heißt eine Broschüre der Bundesregierung, in der für ein breites Publikum dokumentiert werden soll, wie Deutschland in Afghanistan hilft. In dieser Broschüre ist zu lesen, dass seit 2001 »ein neues Kapitel der afghanischen Geschichte« begonnen hat. Der internationale Einsatz zeige Wirkung – den Menschen gehe es besser. Weiter heißt es: »Die Erfolge unseres Einsatzes sind für die Menschen in Afghanistan deutlich spürbar. Es gibt heute [...] mehr Bildung, mehr Infrastruktur und eine bessere medizinische Versorgung [...].«^[32]

Die Realität sowie Analysen internationaler Organisationen sprechen jedoch eine ganz andere Sprache. Die in der genannten Broschüre skizzierten Erfolgsgeschichten und der dargestellte lineare Fortschritt besonders in den Bereichen Gesundheit und Bildung existieren so nicht. Die verheerende Lage in Afghanistan wird von der Bundesregierung auf skandalöse Art und Weise beschönigt. Eine kritische Analyse der Fort- und Rückschritte, der Erfolge und Misserfolge des Militäreinsatzes sowie der verschärften Probleme durch die fortwährende militärische Präsenz im Land findet nicht statt.

Nicht Fortschritte sondern Rückschritte

Laut dem Human Development Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ist Afghanistan nach Burkina Faso, Mali, Sierra Leone und Niger das viertärmste Land der Welt. In diesen Index werden Faktoren wie die Lebenserwartung, der Zugang zu Bildung sowie das Bruttoinlandsprodukt einbezogen, um ein umfassendes Bild einer Gesellschaft wiedergeben zu können. Von großen Erfolgen ist dabei in Bezug auf Afghanistan keine Rede. Stattdessen stellen die Vereinten Nationen fest, dass die wachsende Wirtschaft die extreme Armut im Land nicht signifikant reduzieren konnte.

[32] Die Bundesregierung 2007: Frieden in Afghanistan – Sicherheit für uns: Deutschland hilft in Afghanistan, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/AfghanistanBuReg.pdf>, S. 2–3

Afghanische Bevölkerung hungert, Zugang zu sauberem Wasser ist Luxus

Etwa 6,6 Millionen AfghanInnen haben nicht genügend zu essen. Gemäß des letzten UN-Entwicklungsberichts sind fast 40 Prozent der Kinder unter drei Jahren mittel bis schwer untergewichtig, über 50 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind aufgrund von Unter- und Fehlernährung in ihrer Entwicklung gehemmt. Der Großteil der afghanischen Bevölkerung ist entweder quantitativ und/oder qualitativ mit Nahrung unterversorgt. Dies trifft vor allem auf die städtische Bevölkerung zu, die kein eigenes Land bewirtschaftet und keine Nutztiere besitzt.^[33]

Im Jahr 2005 hatten landesweit nur knapp ein Drittel (31 Prozent) der Menschen Zugang zu sicherem Trinkwasser. In der Stadt Kandahar lag die Versorgung bei 99 Prozent, in Kabul bei 71 Prozent, in manchen ländlichen Gegenden gibt es sauberes Trinkwasser hingegen nur für 4 Prozent der Bevölkerung, wie in der Provinz Samangan.^[34] Nicht nur ist die Lebenserwartung von 44,5 auf 43,1 Jahre gesunken, auch die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen ist von 28,7 Prozent auf 23,5 Prozent gefallen. Die Vereinten Nationen bescheinigen Afghanistan deshalb keinen Fortschritt, sondern an Hand des Human Development Index sogar einen Rückschritt im Vergleich zu 2004.^[35]

Ganz im Gegensatz dazu wirbt die Bundesregierung für ihren Afghanistaneinsatz weiterhin mit dem seit 2001 gestiegenen Wirtschaftswachstum im Land und untermauert ihre Erfolgsgeschichten mit der Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens auf etwa 230 Euro pro Jahr. Festzustellen ist jedoch, dass dieses Einkommen sehr ungleichmäßig in der Bevölkerung verteilt ist. Über die Hälfte der EinwohnerInnen Afghanistans lebt laut UN-Welternährungsprogramm unterhalb der Armutsgrenze.^[36]

[33] Ministry for Rural Rehabilitation and Development and the Central Statistics Office, Kabul: The National Risk and Vulnerability Assessment 2005: Afghanistan. Afghanistan 2005, S. 6

[34] Ministry for Rural Rehabilitation and Development and the Central Statistics Office, Kabul: The National Risk and Vulnerability Assessment 2005: Afghanistan. Afghanistan 2005, S. 30

[35] UNDP 2007: Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, <http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/asiathepacific/afghanistan/nhdr2007.pdf> [2.4.2008, 11.19 Uhr], S.18–23.

[36] UNDP 2007: Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, <http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/asiathepacific/afghanistan/nhdr2007.pdf>, S.18–23

Nach einem ungewöhnlich harten Winter im Jahr 2007 sind Millionen Menschen von Hunger und Armut bedroht. Die Nahrungsmittelpreise für Brot und Mehl sind zuletzt um durchschnittlich 70 Prozent gestiegen. Dieser Winter hat bisher etwa 1.000 Menschenleben gefordert, tausende Tiere starben, hunderte Häuser wurden zerstört.

In Anbetracht gestiegener Lebenshaltungskosten, fehlender Einkommensquellen, wachsender Sicherheitsprobleme und der fragwürdigen Legitimität der afghanischen Regierung verwundert es daher wenig, dass die Bevölkerung die Situation im Land schlimmer einschätzt als noch vor fünf Jahren. Nur zwei Prozent der Menschen in Afghanistan spüren eine klare Verbesserung.^[37] Das von der Bundesregierung hoch gelobte soziale und wirtschaftliche Engagement der Deutschen kommt im Land nicht an. Dieses Versagen lässt sich besonders für die Bereiche Bildung und Gesundheit dokumentieren.

Die propagierten Erfolge in der Bildung sind in Wahrheit schwach

In keinem Bereich brüstet sich die Bundesregierung derart mit ihren Erfolgen wie im Bildungssektor. So heißt es in der bereits zitierten Broschüre: »Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit leitet seit 2007 auf Bitten des afghanischen Bildungsministeriums die Konzeption der landesweiten Lehrerinnen- und Lehrerausbildung. Zugleich wird die Umsetzung des nationalen Bildungsplans [...] finanziell unterstützt.« Von landesweit 3.500 gebauten Schulen und 30.000 ausgebildeten LehrerInnen ist da die Rede. Weiterhin wird die Verfünfachung der SchülerInnenzahlen, darunter ein Drittel Mädchen, und die wachsende Zahl von StudentInnen, darunter ein Viertel Frauen, gelobt.^[38]

Nicht gesagt wird hingegen, dass die Deutschen bislang gerade einmal 100 Schulen gebaut, rehabilitiert oder ausgestattet haben und bisher für 1.200 Ausbildungsplätze für LehrerInnen verantwortlich zeichnen. Auch wird der Öffentlichkeit verheimlicht, in welchem Zustand sich die Schulgebäude befinden und welchen Ausbildungsgrad die LehrerInnen haben. Festzuhalten ist, dass viele Schulgebäude beschädigt sind und Tische, Stühle, Tafeln sowie Bücher fehlen. In etlichen »Schulen« findet zudem der

[37] Ministry of Rehabilitation and Development and the Central Statistics Office 2007: The National Risk and Vulnerability Assessment 2005, <http://www.cso-af.net/nrva2005/docs/Final%20NRVA%202005%20Report.pdf>, S. 59

[38] Die Bundesregierung 2007: Frieden in Afghanistan, S. 16–17.

Unterricht nur unter freiem Himmel statt und muss deshalb im Winter ausfallen. Die Lehrkräfte haben oft nur eine minimale Ausbildung, ihre eigene Bildung geht meist nicht über die achte Klasse hinaus. Nur ein Viertel des Lehrpersonals in Afghanistan sind Frauen. Die nächste Schule kann kilometerweit entfernt sein. Die schlechte Sicherheitslage oder fehlendes Geld für Transport machen deshalb einen Schulbesuch oft unmöglich.^[39]

590 Schulen mussten wieder geschlossen werden

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE stellt die Bundesregierung fest, dass das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die Zahl der geschlossenen Schulen im Jahr 2005 auf 314 beziffert. Anfang 2007 habe der afghanische Bildungsminister zudem erklärt, es seien 590 Schulen wegen der Sicherheitslage geschlossen und 98 Schulen in den vergangenen elf Monaten zerstört worden.^[40] Auch die Vereinten Nationen stellen klar, dass die militärischen Angriffe auf Schulen und Lehrkräfte bemerkenswert angestiegen sind und die Qualität der Bildung zu wünschen übrig lässt.

Afghanistan ist auch deshalb eines der Länder mit der höchsten AnalphabetInnenrate der Welt. Der Alphabetisierungsgrad bei Frauen liegt bei etwa 15,8 Prozent im Vergleich zu 31 Prozent bei Männern. Noch immer geht weit weniger als die Hälfte aller Kinder in die Schule. Kommt in der Elementarstufe noch ein Mädchen auf zwei Jungen, so liegt das Verhältnis in der Sekundarstufe bei einem Mädchen zu fünf bis sechs Jungen. Die Zahl der Schülerinnen in der Sekundarstufe ist von 2004 auf 2005 zudem um 4,7 Prozent gesunken. Die Chance eines Jungen die Elementarstufe zu beenden, ist doppelt so hoch wie die eines Mädchens. Nur 19 Prozent aller Schulen sind Mädchenschulen, in 29 Prozent der Distrikte gibt es gar keine Schulen für Mädchen.^[41]

[39] WOMANKIND Worldwide 2006: Taking Stock – Afghan Women and Girls Five Years On, http://www.womankind.org.uk/upload/Taking_Stock_5_Years_On_Oct2006_english.pdf, S. 25–27

[40] Die Bundesregierung 2008: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Knoche, Dr. Norman Paech, Dr. Kirsten Tackmann, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Paul Schäfer (Köln), Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache Nr. 16/8636, S. 4.

[41] UNIFEM 2007: UNIFEM Afghanistan – Fact Sheet 2007, http://www.unama-afg.org/docs/_UN-Docs/_fact-sheets/07mayUNIFEM-fact-sheet.pdf, S. 2

Auf Grund der schlechten ökonomischen Situation im Land können es sich viele Familien nicht leisten, ihre Kinder als Mitverdiener zu verlieren oder auf den Brautpreis für eine Tochter zu verzichten. Oft fehlt auch einfach das Geld für Schuluniformen, Bücher oder Schuhe. Die außer Kontrolle geratene Sicherheitslage tut ihr Übriges.

Auch die afghanischen Universitäten leiden unter einer schlechten Ausstattung. Es fehlt an qualifizierten MitarbeiterInnen, gut ausgestatteten Bibliotheken und Unterkünften speziell für Frauen. Zwar ist die Zahl der Studierenden tatsächlich gestiegen, die Anzahl der Studentinnen sank jedoch von 22,5 Prozent im Jahr 2004/05 auf 20,4 Prozent in 2006/07.^[42] Diese Zahlen werden jedoch kaum öffentlich gemacht, sie finden sich lediglich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE wieder. Von einer Bildungsoffensive in Afghanistan, wie sie im Afghanistankonzept der Bundesregierung propagiert wird, kann demnach keine Rede sein.

Defizite in der Gesundheitsversorgung

Ein ähnlich alarmierendes Bild wie im Bereich der Bildung lässt sich auch für die Gesundheitsversorgung zeichnen. Auch hier wirbt die Bundesregierung mit ihren Erfolgsgeschichten: »[...] die medizinische Versorgung der Bevölkerung hat sich stark verbessert. Während bis 2001 nur Menschen in den größeren Städten medizinisch versorgt waren, haben heute landesweit 80 Prozent der Bevölkerung, auch in den entlegenen Dörfern, Zugang zu einer gesundheitlichen Basisversorgung.«^[43] Die unabhängige Forschungs- und Auswertungsstelle Afghanistans stellt in ihrem Informationspapier zum afghanischen Gesundheitssystem fest, dass es sich hierbei um eine grobe Fehlschätzung handeln muss. Denn häufig würden geografische aber vor allem auch Sicherheitsprobleme den Zugang zur Versorgung verhindern.^[44] Aber selbst wenn 80 Prozent der Bevölkerung versorgt wären, würde das bedeuten, dass ganze 20 Prozent keinerlei Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können.

[42] Antwort auf die Kleine Anfrage: Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des NATO-Einsatzes, Drs 16/8636

[43] Die Bundesregierung 2007: Frieden in Afghanistan, S. 18.

[44] Afghanistan Research and Evaluation Unit 2006: Afghanistan's Health System since 2001 – Condition Improved, Prognosis Cautiously Optimistic, [http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2006.nsf/FilesByRWDUnidFilename/KH11-72J7PB-full_report.pdf/\\$File/full_report.pdf](http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2006.nsf/FilesByRWDUnidFilename/KH11-72J7PB-full_report.pdf/$File/full_report.pdf), S. 9–10

Dritthöchste Kindersterblichkeit der Welt

Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren ist in Afghanistan die dritthöchste der Welt. Die Müttersterblichkeitsrate sogar die zweithöchste – alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt. In einem ländlichen Distrikt im Norden, für den die Bundeswehr verantwortlich zeichnet, wurde sogar die weltweit höchste jemals aufgezeichnete Müttersterblichkeitsrate festgestellt. Es haben lediglich 52 Prozent der Frauen in städtischen Gebieten fachliche Hilfe bei der Geburt. Auf dem Land sind es sogar nur neun Prozent.^[45]

Frauen haben insgesamt einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem, da sie zumeist aus religiös-kulturellen Gründen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind und sich nicht von männlichen Ärzten behandeln lassen können. Die Lebenserwartung ist bei Frauen sogar noch geringer als bei Männern. Die Benachteiligung von Frauen im Bildungsbereich setzt sich demnach im Gesundheitssystem fort.

Afghanistan trägt auch die Lasten des andauernden Krieges. Geschätzte 800.000 Menschen leiden unter Behinderungen in Folge der militärischen Einsätze. Viele von ihnen haben dabei keinerlei Zugang zu medizinischer Versorgung. Durch das Anhalten der militärischen Auseinandersetzungen, in denen auch Clusterbomben eingesetzt werden, sind weitere Tote und Verletzte zu erwarten. Die Vereinten Nationen warnen zudem, dass sich Afghanistan durch die weit verbreitete Armut, die hohe Arbeitslosigkeit, den niedrigen Status von Frauen, Sexsklaverei und Prostitution sowie Drogenkonsum verbunden mit dem schlechten Gesundheitssystem, einem sehr hohen Risiko für die Ausbreitung von HIV/Aids gegenübersteht. Schon jetzt ist das Land auf Platz 17 der 22 Länder mit der höchsten Tuberkuloserate weltweit.^[46]

Etwa 83 Prozent der 50.000 Menschen, die jährlich an Tuberkulose sterben, sind Frauen. Beinahe möchte man anerkennen, dass die Bundesregierung in ihrer Broschüre zumindest zugibt, dass die Lebenserwartung in Afghanistan noch immer eine der niedrigsten der Welt ist und ein Fünftel der Kinder vor dem fünften Geburtstag stirbt. Angesichts der hier skizzierten Tatsachen jedoch im selben Atemzug von der Wirksamkeit des deutschen Einsatzes und von einem Mehr an Gesundheit zu sprechen, ist Schönfärberei.

[45] UNIFEM 2007: UNIFEM Afghanistan – Fact Sheet 2007, http://www.unama-afg.org/docs/_UN-Docs/_fact-sheets/07mayUNIFEM-fact-sheet.pdf, S. 2

[46] UNDP 2007: Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, <http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/asiathepacific/afghanistan/nhdr2007.pdf>, S. 5, 28

Kinder in Afghanistan

*60.000 Kinder in Afghanistan sind drogenabhängig.
100.000 Kinder sind auf Grund des anhaltenden Konflikts im
Land behindert und/oder anderweitig ernsthaft körperlich
beeinträchtigt.*

*Es gibt geschätzte 800.000 ehemalige KindersoldatInnen
in Afghanistan. Viele von ihnen haben freiwillig die Milizen
verlassen, aber sie brauchen noch immer Hilfe, um sich ins
zivile Leben zu reintegrieren.*

*Fast 56 Prozent der Opfer von Landminen (472) waren unter
21 Jahre alt, mit dem größten Anteil von Kindern zwischen
sieben und vierzehn Jahren (54 Prozent).*

*Es gibt geschätzte eine Million KinderarbeiterInnen zwischen
sieben und vierzehn Jahren. Es wird berichtet, dass 60.000
von ihnen auf der Straße arbeiten.*

*Allein mehr als 37.000 Kinder arbeiten und betteln in den
Straßen von Kabul. Etwa 80 Prozent von ihnen sind Jungen,
von denen 36 Prozent zwischen acht und zehn Jahre alt sind.
6,5 Prozent der Kinder unter fünf Jahren leiden unter akuter
Unterernährung und 54 Prozent von ihnen sind chronisch
unterernährt.^[47]*

DIE LINKE: Umwidmung von Mitteln für Bildung und Gesundheit

Betrachtet man die soziale Situation in Afghanistan insgesamt, so ist mit Erschrecken festzustellen, wie sehr sich die Tatsachen vor Ort von dem Bild, das die Bundesregierung in der deutschen Öffentlichkeit zeichnet, unterscheiden. Die Bereiche Bildung und Gesundheit sind dafür nur zwei Belege.

Ein weiteres Problem ist der Menschenhandel. Ein Report des US-amerikanischen Außenministeriums stellt fest, dass afghanische Männer, Frauen und Kinder als Arbeits- oder SexsklavInnen im Inland oder ins Ausland verschleppt werden sowie Frauen und Mädchen aus China, dem Iran und Tadschikistan zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ins Land gebracht werden.^[48]

Die Bundesregierung behauptet jedoch, dass ihr zu diesem

[47] UNDP 2007: Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, S. 59

[48] Department of State (USA) 2007: Trafficking in Persons Report, <http://www.state.gov/documents/organization/82902.pdf>, S. 51

Thema keine Erkenntnisse vorliegen.^[49] Es scheint fast so, als müsse sich die deutsche Regierung von ihren BündnispartnerInnen erst einmal über die eigentliche Lage vor Ort aufklären lassen.

Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass in Afghanistan bedeutend mehr ziviles, soziales Engagement vonnöten ist. Der deutsche Militäreinsatz verschlingt jedes Jahr 530 Millionen Euro, davon steht jedoch nur ein Viertel dem Wiederaufbau zur Verfügung. Die Bundesregierung brüstet sich damit, dass sie ihr ziviles Engagement besonders im Bereich der Bildung 2007 um zusätzliche 20 Millionen Euro aufgestockt hat. Allein durch den Einsatz der Tornados sind von März bis Oktober 2007 Ausgaben in Höhe von 35 Millionen Euro entstanden.

Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan

Die humanitäre Lage der Flüchtlinge in Afghanistan verschlechtert sich zunehmend. Das Nachbarland Iran hat seit April 2007 mit der zwangsweisen Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen begonnen. Von April bis Juni 2007 sollen fast 100.000 unregistrierte und registrierte Flüchtlinge ausgewiesen worden seien. Viele von ihnen leben in Afghanistan in der Wüste mit völlig unzureichendem Zugang zu Wasser, Grundnahrungsmitteln und Wohnraum. Von der Ausweisung aus dem Iran sind insgesamt rund 920.000 Menschen bedroht. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) löste die zwangsweise Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Iran in Afghanistan erhebliche Spannungen aus.^[50]

Trotz der skizzierten Probleme und der sich verschlechternden Sicherheitslage wurde 2006 und 2007 die Abschiebung von Flüchtlingen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan fortgesetzt.

Mit Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom 19. November 2004 sollten »mit Vorrang« Personen afghanischer Staatsangehörigkeit, die entweder zu einer Straftat von mehr als 50 Tagessätzen verurteilt worden sind oder gegen die Hinweise bestehen, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden (»Sicherheitsgefährder«), oder Personen, die sich als alleinstehende Männer noch keine sechs Jahre in der

[49] Antwort auf die Kleine Anfrage: Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des NATO-Einsatzes, Drs 16/8636

[50] Human Rights Watch »Iran: Halt Mass Deportation of Afghans«, Presseerklärung vom 19. Juni 2007

Bundesrepublik Deutschland aufhalten nach Afghanistan abgeschoben werden.^[51] Dennoch sollen 2006 aus Nordrhein-Westfalen auch Familien nach Afghanistan abgeschoben worden sein, worauf der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen aufmerksam gemacht hat.^[52] Das Bundesland Hamburg hat erst aufgrund öffentlicher Proteste am 13. März 2007 die Abschiebung von afghanischen Familien mit Kindern für mindestens ein Jahr ausgesetzt.

Die Bundesregierung betont, dass grundsätzlich besonders schutzbedürftige Personen wie alte und kranke Menschen, unbegleitete Kinder, alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter nicht nach Afghanistan abgeschoben würden.^[53] Demgegenüber wies Caritas International am 7. Mai 2007 darauf hin, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in mehreren Fällen Abschiebungen von traumatisierten Flüchtlingen nach Afghanistan damit begründet habe, die deutsche Caritas würde in Afghanistan Projekte für traumatisierte Menschen unterhalten. Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbands, sagte dazu: »Abschiebungen mit der Begründung einer Versorgung in diesem Bereich vorzunehmen, ist zynisch. Es gibt keine ausreichende Versorgung. Hier verkehrt sich unser Engagement und wird missbraucht für eine Praxis, die wir ablehnen.« Caritas international fordert den sofortigen Stopp der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge.^[54]

Auch DIE LINKE fordert die sofortige Beendigung der Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen nach Afghanistan. Diese Praxis ist angesichts der Tatsache, dass Deutschland in diesem Land Kriegspartei ist, zynisch und unmenschlich.

[51] Antwort auf die Kleine Anfrage: Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern, Drs 16/797

[52] <http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/2521/index.html>

[53] Antwort auf die Kleine Anfrage: Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern, Drs 16/797

[54] Caritas International: Presseerklärung, 7. 5. 2007



7. Mission Staatsaufbau gescheitert

Der Aufbau einer auf Recht und Gesetz gründenden Staatlichkeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer gerechteren und friedlicheren afghanischen Gesellschaft. Bei der Durchsetzung einer demokratischen Rechtsordnung spielen das Justizwesen und die Polizei als Instrumente eine Schlüsselrolle. Bislang haben allerdings sowohl die Regierung Karsai als auch die internationale Gemeinschaft trotz ihrer wohlklingenden Verlautbarungen auf den Afghanistankonferenzen, wie in London 2006, versäumt, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Im Gegenteil: Die im Gefolge von fast drei Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg in Afghanistan entstandenen rechtsfreien und gewalt-offenen Räume wurden auch nach der Etablierung von politischen Institutionen (Präsident, Parlament, Provinzverwaltungen) nicht beseitigt. Die auf militärische Eskalation setzende Strategie der NATO und die vorbehaltlose Unterstützung der Regierung Karsai durch die internationale Gemeinschaft begünstigte die Fortführung autokratischer Herrschaftsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene – nun sogar häufig quasidemokratisch legitimiert. Statt das staatliche Gewaltmonopol konsequent durchzusetzen, wurde auf die Entwaffnung lokaler Milizen verzichtet, sofern sie der Regierung Karsai und der NATO wohlgesinnt waren. Der Auf- und Ausbau des afghanischen Sicherheitssektors wurde ausschließlich dem Ziel der militärischen Befriedung Afghanistans bzw. dem militärischen Sieg über die Aufständischen untergeordnet – zwangsläufig standen dabei die afghanischen Streitkräfte im Mittelpunkt. Die afghanische Polizei und Armee sollten in erster Linie die ISAF-Truppen bei dem Erreichen ihrer militärischen Ziele entlasten und unterstützen.

Korruption, Unsicherheit und Rechtlosigkeit ist Alltag

Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, Sicherheit sowie eine faktische Staatlichkeit und Rechtssicherheit in Afghanistan herzustellen. Die Regierung um Präsident Karsai kontrolliert nur Kabul und dessen unmittelbare Nachbarschaft. Immer noch gibt es schätzungsweise 120.000 bewaffnete Privatmilizen. Korruption und Willkür im Land nehmen immer größere Ausmaße an, das Rechtswesen ist auch nach sechs Jahren absolut mangelhaft entwickelt.^[55]

[55] Interview mit Thomas Gebauer, Geschäftsführer der Hilfsorganisation Medico International: »Korruption und Willkür nehmen zu«, in der Frankfurter Rundschau vom 10.3.2008.

Die afghanische Bevölkerung sieht die mangelnde Sicherheit als das zentrale Problem an, wie aktuelle Umfragen unabhängiger BeobachterInnen immer wieder belegen.

Vertrauensverlust in die internationalen Truppen – Militante Oppositionskräfte stärker als jemals zuvor

Aufgrund des kaum sichtbaren Wiederaufbaus und der tagtäglich zu beklagenden zivilen Opfer der Militäraktionen hat die Bevölkerung das Vertrauen in die internationalen Truppen verloren. Viele empfinden diese heute als Besatzer. Das hat dazu geführt, dass die militanten Oppositionskräfte, die gegen die Besatzung kämpfen, zunehmend durch die afghanische Bevölkerung unterstützt werden. Die internationalen Truppen sind auch deshalb in die Defensive gedrängt worden.

Afghanistan heute unsicherer als Irak

Obwohl seit nunmehr sechs Jahren Milliarden von US-Dollar in den Antiterrorkampf investiert werden, ist Afghanistan heute unsicherer als das Krisengebiet Irak, wie eine Studie kürzlich zutage brachte.^[56]

Im Süden des Landes haben die militanten Oppositionskräfte wieder die volle politische und militärische Kontrolle über einige Gebiete. Aber auch im ehemals als relativ sicher geltenden Norden hat sich die Sicherheitssituation verschlechtert, was auch die zunehmenden Anschläge auf die deutsche Bundeswehr offenbaren. Dies zeigt, dass die Afghanistanstrategie, die maßgeblich auf das Militär gesetzt hat, Afghanistan entgegen allen Ansprüchen nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht hat.

Gerichte sind die korruptesten Institutionen in Afghanistan

Die vom Westen installierte Demokratie unter Karsai zeichnet sich durch Korruption und Machtmissbrauch aus. Korruption ist eines der größten Probleme in Afghanistan. Auf dem Korruptionsindex der Nichtregierungsorganisation Transparency International liegt Afghanistan auf Platz 32 von 159 Ländern. Die UN-Entwicklungsorganisation UNDP führt in ihrem Bericht von 2007 an, dass Gerichte als die korrupteste Institution in Afghanistan angesehen werden, gefolgt von der Regierungsverwaltung.

Die Unabhängigkeit der afghanischen Gerichtsbarkeit ist nicht gegeben, da viele Richter durch Patronagenetzwerke an ihre

[56] Länder-Risiko-Rating« der Jane's Information Group, Großbritannien. Siehe auch Süddeutsche Zeitung vom 26. 3. 2008: »Das Afghanistan-Desaster. Am Hindukusch ist es inzwischen sogar gefährlicher als im Irak.«

Posten gekommen zu sein scheinen. Da die Regierung keine Kontrolle über die Sicherheit hat, sind sie zudem durch lokale Machthaber leicht einzuschüchtern. RichterInnen sind korrupsionsanfällig, da von ihrem Gehalt allein keine Familie leben kann.^[57]

Allerdings leidet das Gerichtswesen auch sonst an gravierenden Mängeln. So hat beispielsweise nur etwa die Hälfte der RichterInnen den für dieses Amt relevanten höheren Ausbildungsgrad, davon haben 11 Prozent eine juristische Ausbildung an einer rechtswissenschaftlichen Fakultät erhalten, 44 Prozent an einer Scharia-Fakultät, also in islamischem Recht.

Auch haben die RichterInnen oft keinen Zugang zu den juristischen Gesetzestexten und den Verfahrenscodes sowie ebenfalls nicht zu den schriftlichen Entscheidungen des Obersten Gerichts (Stara Mahkama). Aufgrund der mangelnden Professionalität und des Mangels an Ressourcen sind vielen Richtern die Gesetze nicht vertraut und sie fällen ihre Urteile ohne Gesetzesgrundlage. Außerdem ist man in der Realität noch weit davon entfernt, dass Angeklagte den in der Verfassung zugestandenen Rechtsbeistand erhalten, unter anderem auch deshalb nicht, weil die Anbieter von Rechtshilfe gezielt eingeschüchtert werden.^[58]

Die genannten erheblichen Defizite führen dazu, dass das gesamte Strafverfolgungs- und Justizwesen sehr langsam und ineffektiv arbeitet und deshalb gegenwärtig tausende von Gerichtsverfahren ausstehen.^[59] Das bedeutet auch, dass Straftaten nicht angemessen aufgeklärt werden und folgenlos bleiben, da rechtliche Sanktionen ausbleiben. Die neu installierte Staatlichkeit unter Karsai ist also weit davon entfernt, der afghanischen Bevölkerung Rechtssicherheit gewähren zu können.

All die genannten Gründe haben dazu geführt, dass es kaum Vertrauen in das neu installierte afghanische Rechtssystem gibt. Die Korruption des Rechtssystems ist somit gleichsam Ursache und Folge dieser Situation und ein Dilemma, welches sich militärisch nicht lösen lassen wird.

[57] UNDP 2007: 61 und 72.

[58] UNDP 2007: 77

[59] UNDP 2007: 71

Todesurteil wegen »Beleidigung des Islams«: Der Fall Kambachs

Sajed Perwes Kambachs, Student und Journalist, wurde am 23. Januar von einem Provinzgericht in Masar-i-Scharif wegen »Beleidigung des Islams« zum Tode verurteilt. Er hatte an seiner Universität per E-Mail einen Artikel über Frauenrechte in Afghanistan verbreitet, worin er sich kritisch über den Koran äußert. Kambachs Bruder Sajed Jakub Ibrahim arbeitet für das Institute of War and Peace Reporting (Internationales Institut für Kriegs- und Friedensberichterstattung). Wahrscheinlich dient die Verhaftung auch als Einschüchterungsversuch gegen Ibrahimis aufklärerische Berichterstattung, in deren Rahmen mehrfach hochrangige Kommandeure kritisiert wurden. Glücklicherweise verfügte Kambachs über Kontakte ins Ausland, so dass die Strafe nach zahlreichen Protesten aus dem Aus- und Inland vom afghanischen Senat ausgesetzt wurde. Die UN und Menschenrechtsorganisationen haben bemängelt, dass Kambachs keine Möglichkeit zu einer Verteidigung eingeräumt wurde. Es ist außerdem wahrscheinlich, dass er zu einem Geständnis gezwungen wurde.^[60]

Louise Arbour, Hohe Kommissarin der UN für Menschenrechte, hat gegenüber Präsident Hamid Karsai die Wahrung der Pressefreiheit in Afghanistan angemahnt.

Sajed Perwes Kambachs befindet sich derzeit aber weiter in Haft und der Ausgang seines Verfahrens ist nach wie vor ungewiss.

Aufbau und Reform des Sicherheitssektors in Afghanistan

Von 2002 bis 2007 war die Bundesregierung zuständig für die Koordination der internationalen Polizeihilfe in Afghanistan. Bei dem EU-Polizeieinsatz EUPOL Afghanistan, dem im letzten Jahr diese Aufgabe übertragen wurde, hat die Bundesregierung nun erneut die Führung übernommen. Mit Beteiligung der Bundesregierung wurde zudem in der NATO der Aufbau der afghanischen Streitkräfte geplant. Hier wird die Bundesregierung in Zukunft eine noch stärkere Verantwortung bei der Ausbildung und Vorbereitung der afghanischen Streitkräfte für die Kampfeinsätze an der Seite der ISAF und OEF übernehmen.

[60] www.iwpr.net, 8. 4. 2008

Aufbau der afghanischen Armee als Arm der US-Streitkräfte

Obwohl der Aufbau von Strukturen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung für alle sichtbar die höchste Priorität hatte, konzentrierte sich die internationale Aufmerksamkeit vor allem auf den Aufbau der Afghanischen Nationalarmee (ANA). Bis 2009 sollte die ANA 70.000 SoldatInnen umfassen. Die US-Regierung übernahm die Federführung für die Koordinierung des Aufbaus der afghanischen Streitkräfte.

Der Aufbau der afghanischen Streitkräfte stand voll und ganz im Zeichen der sich seit 2003 kontinuierlich verschärfenden militärischen Auseinandersetzung zwischen der ISAF und den bewaffneten regierungsfeindlichen Kräften sowie dem Interesse der USA, die eigenen Truppen zu entlasten. Konsequenterweise übernahm die NATO schrittweise mit der ISAF-Erweiterung auf ganz Afghanistan auch mehr Verantwortung für den Aufbau und die Ausbildung der ANA. Die Ausbildung wurde an den Erfordernissen einer schnellen Einsatzfähigkeit ausgerichtet. Im letzten Jahr investierten die USA etwa 2,5 Milliarden Euro in die militärische Ausbildung, und für 2008 Jahr sind etwa 4,5 Milliarden Euro eingeplant.

Ende 2007 war die grobe Zielstruktur mit fünf Armeekorps (analog zu den ISAF-Regionalkommandobereichen) fast erreicht. Von den vorgesehenen 14 unterstellten Brigaden waren 10 aufgestellt, die Aufstellung der fehlenden Brigaden ist für dieses Jahr vorgesehen. Teile der Spezialkräfte, der Heeresflieger und der Luftwaffe sind auch bereits im Dienst. Insgesamt soll die ANA derzeit etwa 57.000 SoldatInnen umfassen. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass die reale Truppenstärke eher die Hälfte beträgt. Trotzdem beteiligt sich die ANA bereits umfassend an den militärischen Offensiven der NATO in ganz Afghanistan. Auch die Bundeswehr engagiert sich immer stärker beim Aufbau der afghanischen Streitkräfte. Dies beschränkt sich nicht nur auf Schulung und Ausbildung im Bereich militärischer Grundfähigkeiten oder den Ausbau der »Drivers and Mechanics School« in Kabul zu einer Logistikschule. Mit der Übernahme der Führung des Regionalkommandos Nord hat die Bundeswehr auch die Planungsverantwortung zur Aufstellung von Operativen Ausbildungs- und Verbindungsteams (OMLTs) zur Unterstützung der ANA in der Nordregion übernommen. Im Laufe des Jahres 2008 beabsichtigt die Bundeswehr eine Erhöhung des Engagements auf bis zu sieben OMLTs und wird dafür ihr Personal von derzeit rund 100 auf etwa 300 SoldatInnen erhöhen. Diese Form der Unterstützung wird ernste Folgen für das

militärische Engagement der Bundeswehr haben: Erstens werden die deutschen OMLTs die afghanischen Bataillone bei sämtlichen Ausbildungsetappen begleiten, zu denen auch ein dreimonatiger Einsatz in der Stationierungsregion gehört, inklusive der Beteiligung an offensiven Kampfhandlungen. Zweitens kann für die Zukunft ein Einsatz deutscher SoldatInnen an der Seite von KindersoldatInnen nicht ausgeschlossen werden, da nicht nur auf Seiten der oppositionellen bewaffneten Kräfte Minderjährige eingesetzt werden, sondern auch in der ANA. Und drittens kommt es entgegen den Vorgaben des Bundestagsmandats zu einer weiteren Verquickung von ISAF und OEF, weil einige der im Regionalkommando Nord eingesetzten afghanischen Einheiten auch von US-Ausbildern unter OEF-Kommando begleitet werden.

Das Scheitern der internationalen Polizeihilfe

Von Anfang an rangierte der Aufbau der afghanischen Polizei hinten auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft. In weiten Teilen des Landes wurde den wichtigsten afghanischen Verbündeten der US-geführten Koalition nach Vertreibung der Taliban einfach die Zuständigkeit für die lokalen und regionalen polizeilichen Ordnungsaufgaben übertragen.

Die von der internationalen Gemeinschaft eingerichteten Koordinierungsstrukturen, wie das International Police Coordination Board (Internationale Polizeikoordinierungsgremium, IPCB), blieben weitestgehend wirkungslos. Eine zentrale Koordinierung durch die United Nations Assistance Mission to Afghanistan (UN-Unterstützungsmission in Afghanistan, UNAMA) wurde nie angestrebt. Die Art und Weise der Polizeihilfe vor Ort blieb den jeweiligen Staaten überlassen. Die internationale Gemeinschaft ist weit davon entfernt, die im Afghanistan Compact (Afghanistanpakt) 2006 formulierten Ziele zu erreichen: »Bis Ende 2010 werden eine in vollem Umfang verfügbare, professionelle, funktionsfähige und ethnisch ausgewogene Nationalpolizei und eine afghanische Grenzpolizei mit insgesamt bis zu 62.000 Bediensteten in der Lage sein, den Sicherheitserfordernissen des Landes effektiv gerecht zu werden und beide werden zunehmend finanziell nachhaltig werden.«

Aufbau der afghanischen Polizei – Stagnation und Korruption

Nach sechs Jahren ist die afghanische Polizei immer noch nur bedingt in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Nicht einmal der derzeitige Umfang der afghanischen Polizeikräfte scheint bekannt zu sein. Die afghanische Regierung geht von knapp

64.000 Polizisten aus, die Zahl der tatsächlich einsatzfähigen Polizisten wird auf etwa 55.000 geschätzt.

Der Hauptfaktor für diese Stagnation beim Polizeiaufbau ist die bedenkliche Melange aus militärischen Interessen der ausländischen Streitkräfte, ausufernder Korruption gekoppelt mit ausgeprägter Klientelwirtschaft und fehlenden Ressourcen: Ein Großteil der Mudschaheddin-Milizen wurde im Rahmen des Entwaffnungsprogramms auf allen Ebenen in den Polizeidienst übernommen. Dies stärkte die Fraktionierung der Polizei, alte Loyalitätsnetzwerke reichen weit in die Polizei hinein. Vor Ort wird die Arbeit der Polizei zudem durch die Milizen der lokalen Machthaber eingeschränkt. Die Polizisten bleiben wegen des im Vergleich zu den privaten lokalen Milizen niedrigen Gehalts anfällig für Korruption.

Internationale Polizeihilfe: falsche Prioritäten und wenig Mittel

Die von Deutschland koordinierte internationale Polizeihilfe hat zwar in Teilbereichen Fortschritte gebracht, ist aber aufgrund falscher Prioritätensetzung und zögerlicher Mittelausstattung weit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben.

Das Engagement der Bundesregierung steht dabei exemplarisch für die Beiträge der anderen Staaten. Im Mittelpunkt der Bemühungen stand die Ausbildung von Polizisten für die mittleren und höheren Dienstgrade. Nach Angaben des Auswärtigen Amts haben bisher etwa 20.000 PolizistInnen mittlerer und höherer Dienstgrade, davon 4.600 Teilnehmer in ein- bis dreijährigen Programmen, eine Fortbildung erhalten.

Während allerdings ohne Zögern mehr als zwei Milliarden Euro für das militärische Engagement ausgegeben wurden, beschränkten sich die Ausgaben für den Polizeiaufbau in Afghanistan bis Anfang 2007 auf insgesamt knapp 90 Millionen Euro. Auch der geplante Personalansatz – etwa 40 deutsche PolizeivollzugsbeamtInnen auf der einen und etwa 3.500 SoldatInnen inklusive etwa 120 MilitärausbilderInnen auf der anderen Seite – belegt, welchen geringen Stellenwert die Bundesregierung den zivilen Instrumenten beigemessen hat.

Es ist nicht davon auszugehen, dass durch die Übernahme der Koordination der Polizeiausbildung durch den im Mai 2007 beschlossenen EU-Polizeieinsatz EUPOL Afghanistan der dringend notwendige Strategiewechsel erfolgen wird. Zum einen bleibt die Personalaufstockung bescheiden. EUPOL AFG wird lediglich 195 Polizei- und RechtsstaatsexpertInnen umfassen (davon 160 PolizeivollzugsbeamtInnen). Die Bundesregierung wird sich mit

60 BeamtInnen daran beteiligen. Der EU-Einsatz mit einem Budget von 43,6 Millionen Euro wird zudem nicht über eigene Projektmittel verfügen, sondern ist auf Leistungen der einzelnen Staaten angewiesen. Dies wird eine einheitliche Umsetzung des Ausbildungsauftrages erschweren. Die Bundesregierung wird zum Beispiel weiterhin ein deutsches Team mit 10 PolizeibeamtInnen unterhalten, um bilaterale Bau- und Ausstattungsprojekte für die afghanische Polizei zu planen und umzusetzen. Statt im Sinne einer zivil-polizeilichen Ausbildung die Anzahl der PolizeibeamtInnen aufzustocken, hält die Bundesregierung auch daran fest, weiterhin FeldjägerInnen mit der Ausbildung zu betrauen, die dem militärischen Kommando unterstehen und sich lediglich mit EUPOL AFG abstimmen müssen. Ende 2006 wurde bereits explizit für die Unterstützung der Polizeiausbildung ein Feldjägereausbildungskommando mit 30 SoldatInnen entsendet. Die Bundesregierung erwägt sogar eine erneute Aufstockung. Mit dieser bilateralen Unterstützungsmaßnahme setzt die Bundesregierung ein deutliches Signal gegen die eigentlich notwendige internationale Unterstützung der Polizeiausbildung nach einheitlichen Maßstäben und durch ein Koordinierungsgremium. Zudem orientieren sich die Ausbildungsinhalte des FeldjägerInnenprogramms an den Erfordernissen von kriegsnahen Polizeieinsätzen.

Auch die EU-Polizeimission insgesamt wird direkt an die militärische Präsenz der ISAF gekoppelt sein und damit keinen Beitrag zur Entkopplung von zivilen und militärischen Sicherheitsakteuren leisten. Die Ausdehnung der Polizeimission ist abhängig von Vereinbarungen mit den PRTs bezüglich der Unterbringung und Arbeit. Das Verteidigungsministerium hat bereits im Juli 2007 mit EUPOL AFG ein Abkommen über die Unterstützung der Mission durch die deutschen Regionalen Wiederaufbauteams abgeschlossen.

Konzeptlosigkeit und Quantität statt Qualität

Begünstigt durch die Konzeptlosigkeit und Fixierung auf den falschen (militärischen) Ansatz haben sich beim Polizeiaufbau de facto die jeweiligen konkreten machtpolitischen und militärischen Interessen durchgesetzt.

Die Reform der Polizeistruktur 2006 war sowohl geprägt vom Interesse an einer schnellen Mobilisierung weiterer bewaffneter Sicherheitskräfte zur Absicherung der militärischen Offensiven der ISAF als auch vom Wunsch nach Zentralisierung. Um die Zusammenarbeit mit den Streitkräften zu verbessern, wurden parallel zu den Führungsstrukturen der ANA und ISAF fünf

Regionalkommandos eingerichtet (Kabul, Gardes, Kandahar, Herat und Masar-i-Scharif).

Im Jahr 2007 wurde beschlossen, eine 5.000 Polizisten umfassende »Afghan National Civil Order Police« (afghanische Bürger- und Ordnungspolizei) aufzustellen, die als »robuster« Verband auch im Verbund mit der ANA vorgehen kann. In eine ähnliche Richtung zielt die von der Regierung Karsai bereits Mitte 2006 beschlossene Aufstellung einer Hilfspolizei, der Afghan National Auxiliary Police (ANAP). Die ANAP soll etwa 11.200 Hilfspolizisten umfassen, die sich vor allem aus den lokalen Milizen in den sechs südlichen Provinzen rekrutieren sollen. Nach nur zehn Tagen Ausbildung – mit Schwerpunkt auf die Aufstandsbekämpfung – sollen sie eingesetzt werden. Ihr Vertrag läuft über ein Jahr, und am Ende wird eine Übernahme in den regulären Polizeidienst in Aussicht gestellt.

Die schnelle Eingliederung lokaler Stammesmilizen ermöglichte es Karsai, seinen direkten Einfluss auf die lokalen Sicherheitsakteure am Innenministerium vorbei zu stärken.

Die Aufstellung der ANAP birgt eine Reihe von Risiken. Es entsteht de facto eine Zweiklassenpolizei, die diejenigen Polizisten benachteiligt, die sich einem Auswahlverfahren stellen und eine längere Ausbildungszeit absolvieren mussten. Außerdem ist die Loyalität der ANAP-Einheiten unkalkulierbar. Diese Maßnahme konterkariert zudem die zaghaften Entwaffnungsbemühungen der Vergangenheit, da nun im Zweifelsfall dieselben Leute wieder bewaffnet werden. Die Mehrheit der internationalen VertreterInnen hat sich damals zwar gegen die Einrichtung der ANAP ausgesprochen, sie wollten aber keinen Druck auf Karsai ausüben, um nicht den Polizeiaufbau insgesamt zu schwächen.

US-amerikanische Erfordernisse bestimmen den Polizeiaufbau

Ab 2006 begann auch die US-Regierung, sich stärker zu engagieren und den Polizeiaufbau an den eigenen militärischen Erfordernissen auszurichten. Auf Druck der USA wurde im April 2007 vereinbart, die im Afghanistanpakt anvisierte Zahl um 20.000 Polizisten auf 82.000 Polizisten zu erhöhen und die Personalstärke der verschiedenen Polizeibehörden anzupassen (siehe Schaubild).

Personalstärke der verschiedenen Polizeibehörden

Polizeiabteilung	Afghanistan- pakt 2006	Planziel April 2007
Afghan Uniformed Police (AUP – Afghanische uniformierte Polizei)	31.000	45.000
Afghan Border Police (ABP – Afghanische Grenzpolizei)	11.825	18.000
Afghan National Civil Order Police (ANCOP – Afghanische Bürger- und Ordnungspolizei)	0	5.000
Standby Police (Bereitschaftspolizei)	4.116	0
Afghan Highway Police (AHP – Afghanische Autobahnpolizei)	3.400	0
Counter Narcotics Police of Afghanistan (CNPA – Afghanische Drogenbekämpfungspolizei)	2.264	2.264
Andere Einheiten (Innenministerium, Kriminal- polizei, Regionalkommandos)	9.395	11.736
Gesamt ANP	62.000	82.000
Afghan National Auxiliary Police (ANAP – Afghanische Hilfspolizei)	0	11.271

Diese forcierte Erhöhung der Quantität wird keine Verbesserung der Qualität und Effektivität mit sich bringen – eher eine Verschlechterung. Schlecht ausgebildete Polizisten in einer hochkorrupten Umgebung werden keinen Beitrag dazu leisten, das negative Bild der Öffentlichkeit von Polizisten als Sicherheitsrisiko zu ändern. Allerdings geht es bei der Polizeiausbildung à la USA nicht um Bürgernähe, die Vermittlung rechtsstaatlicher Prinzipien oder einfache Ordnungsaufgaben. Schwerpunkt ist die Befähigung für Unterstützungsleistungen zur Aufstandsbekämpfung. Diese Art der polizeilichen »Schnellausbildung« wird vor allem durch private Sicherheitsdienstleistungsunternehmen wie DynCorp erbracht.

DIE LINKE fordert Kurswechsel in der Polizeiaufbauhilfe

Der Beschluss des Joint Coordination and Management Boards (Gemeinsamer Koordinierungs- und Überwachungsausschuss) Anfang Februar 2008, dass ein einheitlicher, mit der afghanischen Seite abgestimmter Ansatz zum Polizeiaufbau als Grundlage notwendig ist, ist ein deutliches Eingeständnis der bisherigen falschen Politik.

DIE LINKE fordert einen radikalen Kurswechsel in der Polizeiausbildung, der auch an einen Ausbau des Justizwesens und den Abzug der ausländischen Streitkräfte gekoppelt ist. Ohne diesen wird der Aufbau einer funktionierenden rechtsstaatlichen Polizei nicht gelingen. Dieser Kurswechsel muss sich an folgenden Punkten orientieren:

- Die bislang völlig unzureichenden Mittel für den Polizeiaufbau müssen erheblich aufgestockt werden.
- Es darf nicht neben oder in der Polizei paramilitärische Einheiten bzw. Milizen geben. Vielmehr sind diese aufzulösen.
- Die afghanische Polizei darf nicht in die Aufstands-bekämpfungsbekämpfungs-Operationen von ISAF und afghanischer Armee einbezogen werden.
- Justiz und Polizei müssen besser zusammenarbeiten – auf rechtsstaatlicher Grundlage.
- Die Beteiligung der Feldjäger an der Ausbildung der Polizei ist zu beenden.
- Die Präsenz der privaten »Sicherheitsdienstleister« ist zurückzudrängen und schließlich zu beenden.



Arbeiter reparieren am 11. 8. 2002 eine Straße am Stadtrand von Kabul. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) liefert finanzielle Unterstützung.

8. Vom gescheiterten Krieg zu einer Politik des Friedens

DIE LINKE ist antimilitaristisch und eine Friedenspartei. Sie lehnt als einzige Partei Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr entschieden ab. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien befürworten diese Kriegseinsätze.

Deutschland ist als drittstärkster Truppensteller an der immer mehr in Kampfhandlungen verwickelten ISAF-Mission beteiligt und unterstützt die militärische Eskalationsstrategie der NATO in Afghanistan. Das Beispiel Afghanistan zeigt deutlich, dass die Militärintervention gescheitert ist. Gescheitert ist der Versuch, den oft mit terroristischen Mitteln geführten Widerstand mit militärischer Gewalt zu besiegen und das Land zu stabilisieren. Die Sicherheitslage hat sich dramatisch verschlechtert. Die Zahl der Selbstmordanschläge, Attentate und militärischen Angriffe durch Taliban und andere bewaffnete Gruppen steigt.

Die von den USA, aber auch der militärischen Führung der NATO verfolgte Strategie der radikalen »Ausmerzungen« aller terroristischen Gruppen unter Inkaufnahme vieler ziviler Opfer hat dazu geführt, dass die auswärtigen Truppen mehr und mehr als Besatzung empfunden werden.

Auch hat die anfänglich vorhandene Popularität der Bundeswehr bei der afghanischen Bevölkerung dramatisch abgenommen.

Deutsche Tornado-Aufklärungsflugzeuge nehmen seit der Frühjahrsoffensive 2007 an den militärischen Auseinandersetzungen teil. Damit ist die Bundesregierung auch für Bombenangriffe mit zahlreichen Toten, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, mitverantwortlich. Auch deshalb verschlechtert sich die Sicherheitslage im bisher relativ ruhigen Norden Afghanistans, wo sich das Hauptkontingent der Bundeswehr aufhält, zusehends.

Der Afghanistankrieg hat bereits Unsummen gekostet. Viel mehr als die dem Land zum Wiederaufbau versprochenen 25 Milliarden Dollar. Aber selbst von diesen zahlte die internationale Gemeinschaft nur 15 Milliarden Dollar. 40 Prozent davon gingen direkt an westliche Experten, darunter sehr viele NGOs. Ein Drittel der den versickerte im Korruptionssumpf.^[61] Die Menschen rennen erneut den Taliban zu. Dies zumindest in den paschtunischen Regionen Afghanistans. Diese machen mehr als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen.

[61] Avi Primor: Hilfloses Afghanistan. Frankfurter Rundschau, 3.4.2008

Im Hinblick auf die soziale Situation der afghanischen Bevölkerung kann von großen Erfolgen keine Rede sein. Die von der Bundesregierung gerne als Erfolgsindikator vorgebrachte wachsende Wirtschaft hat auf die extreme Armut im Land kaum positive Auswirkungen gehabt. Ein Großteil der afghanischen Bevölkerung hungert, über die Hälfte der Menschen lebt unter der Armutsgrenze, und die Lebenserwartung ist in den letzten Jahren gesunken. Die von den KriegsbefürworterInnen gerne propagierten Investitionen in die Bildung haben nicht verhindert, dass die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen von 28,7 Prozent auf 23,5 Prozent gefallen ist. Immer noch ist die Chance eines Jungen, die Elementarstufe zu beenden, doppelt so hoch wie die eines Mädchens. Nur 19 Prozent aller Schulen sind Mädchenschulen, in 29 Prozent der Distrikte gibt es gar keine Schulen für Mädchen. Militärische Angriffe auf Schulen und ihre Lehrer häufen sich. Gestiegene Lebenshaltungskosten, fehlende Einkommensquellen und die wachsenden Sicherheitsprobleme bestimmen das Leben der Menschen.

Diese Rückschritte werden hinter der Propaganda über die Fortschritte, die der Krieg dem Land gebracht haben soll, verborgen. Die Fraktion DIE LINKE ist davon überzeugt, dass der politische, gesellschaftliche und soziale Wiederaufbau Afghanistans durch die militärische Besetzung des Landes und die tagtägliche Gewalt der NATO-Truppen zu keinem nachhaltigen Erfolg führen wird. Im Gegenteil: Jeder Tag Krieg macht diese Perspektive unwahrscheinlicher.

Sicherheit, Rechtswesen, Polizei, Armee

Frieden, Sicherheit sowie eine faktische Rechtssicherheit sind durch den Krieg in Afghanistan nicht hergestellt worden. Bewaffnete Privatmilizen, regionale Machthaber, Korruption und Willkür bestimmen das Leben der afghanischen Bevölkerung. In vielen Teilen des Landes haben die militanten Oppositionskräfte wieder die volle politische und militärische Kontrolle. Auch im Mandatsgebiet der deutschen Streitkräfte, dem ehemals als relativ sicher geltenden Norden, ist die Sicherheitslage schlechter als jemals zuvor.

Autokratische Herrschaftsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene werden durch die vorbehaltlose Unterstützung der Regierung Karsai durch die internationale Gemeinschaft begünstigt und sind nunmehr quasidemokratisch legitimiert. Weder gibt es Vertrauen in die Karsai-Regierung noch in das neu installierte afghanische Rechtssystem. Beim Auf- und Ausbau des afghanischen Sicherheitssektors wurden fatale Fehler gemacht,

die den Interessen der NATO-Truppen geschuldet sind. Die aufzubauende afghanische Polizei und Armee sollte primär die ISAF-Truppen entlasten und ihre militärischen Ziele unterstützen. Deshalb wurde der Polizeiaufbau stark vernachlässigt, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass häufig einfach den wichtigsten afghanischen Verbündeten der US-geführten Koalition nach der Vertreibung der Taliban die Zuständigkeit für die lokalen und regionalen polizeilichen Ordnungsaufgaben übertragen worden sind. Die Implementierung einer Demokratie nach westlichem Vorbild durch den Westen ist gescheitert.

Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik

In Afghanistan wird mit den »Provincial Reconstruction Teams« (PRTs) ein zivil-militärischer Ansatz verfolgt, der zivile Entwicklungshilfe und militärisches Engagement untrennbar miteinander verquickt.

Dies ist Ausdruck davon, dass Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe zunehmend unter ein militärisch dominiertes Sicherheitskonzept gestellt werden. Damit bekommt die Entwicklungshilfe eine andere Rolle und zivile Projekte verlieren ihre Neutralität und Unparteilichkeit. Dies bringt nicht nur die Entwicklungshilfe in Verruf, sondern gefährdet auch das Leben der Menschen, die sich in zivilen Hilfsprojekten engagieren. Hilfe, die längerfristige strukturelle Veränderungen unterstützt, verliert zugunsten von Wiederaufbaumaßnahmen mit schnell sichtbarem Erfolg an Bedeutung.

Mit diesem Konzept wird Entwicklungspolitik zur indirekten Kriegskostenfinanzierung herangezogen. Das Wesen des Ansatzes wird offenbar, wenn man die finanzielle Seite betrachtet: Für das Militär wird ein Mehrfaches an Geld ausgegeben als für die zivilen Hilfsmaßnahmen, so im deutschen PRT Kundus das Fünffache! Und das, obwohl eine unabhängige Studie gezeigt hat, dass Provincial Reconstruction Teams eine schwache oder gar keine feststellbare Effizienz im Hinblick auf die Ziele Sicherheit, Stabilisierung, Institutionenbildung und Wiederaufbau aufweisen. DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Entwicklungspolitik und deren Instrumentalisierung für den Antiterrorkampf entschieden ab!

Geostrategische Interessen als wahrer Kriegsgrund

Zur Legitimation des Kriegs in Afghanistan wird auch die Verteidigung der Menschenrechte angeführt: die Befreiung der Menschen von der Schreckensherrschaft der Taliban, die Durchsetzung von Frauenrechten und das Recht von Mädchen, Schulen besuchen zu dürfen.

Alle militärischen Interventionen der NATO, die seit 1990 vorgeblich zum Schutz von Menschenrechte geführt wurden, haben sich im Nachhinein als Kriege um geostrategische Interessen oder Ressourcen herausgestellt. Zuvor haben die Interventionsmächte die Staaten, Beispiel Jugoslawien, sogar aktiv destabilisiert. Auch bei dem Krieg in Afghanistan geht es um geostrategische Interessen, die aus der geografischen Lage des Landes resultieren. Weltweit wächst die Konkurrenz um die Ressourcen (Öl, Gas, Wasser, Metalle und Mineralien). Es wächst aber auch die Konkurrenz um die Absatzmärkte und die Einflusszonen. In Afghanistan geht es um die strategische Bedeutung des Landes als Transportroute von elementar wichtigen und knappen Ressourcen in einer Region der Instabilität.

Bundeswehr: Aus einer Verteidigungs- wird eine Interventionsarmee

Das Selbstverständnis des wiedervereinigten Deutschlands hat sich verändert. Nicht mehr im Schulterschluss mit den USA, sondern vor allem eigenen Interessen folgend, äußert Deutschland immer stärker den Anspruch, als Großmacht selbstständig oder im Rahmen der Europäischen Union zu agieren. Dies wird auch an dem Ehrgeiz deutlich, in internationalen Organisationen (EU, IWF, Weltbank, UNO-Weltsicherheitsrat) einen führenden Platz einzunehmen.

So begann auch der Weg zur deutschen Kriegsteilnahme schon kurz nach der Wiedervereinigung. Er entwickelte sich verstärkt unter der rot-grünen Bundesregierung und erhielt insbesondere durch die damals noch unverdächtige »pazifistische« Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die »Friedenspartei« SPD die höheren Weihen. Beide Parteien waren bis dahin des Militarismus unverdächtig. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurden deutsche militärische Auslandseinsätze, die Teilnahme an völkerrechtswidrigen Kriegen zur Normalität.

Seit der deutschen Wiedervereinigung wird die Bundeswehr auf den neuen Typ von Kriegen umgerüstet. Einst wurde die Bundeswehr als eine Verteidigungsarmee, die unter parlamentarischer Kontrolle steht, aufgebaut. Heute wird sie systematisch zur Einsatzarmee ausgebaut. Im »Weißbuch zur Bundeswehrreform« ist die Bedeutung von »deutschen Interessen« an Rohstoffen und Sicherheit der Handelswege etc. für die Bundeswehr dargelegt. Deutsche Auslandseinsätze müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden.



Friedenspolitische Alternativen der Fraktion DIE LINKE

DIE LINKE will eine politische und zivile Lösung der Konflikte in Afghanistan. Die Bundesrepublik Deutschland muss jetzt deutlich machen, dass sie ihren Anteil an den Militäreinsätzen unverzüglich beenden wird. Damit würde sie auch ein klares politisches Signal an die anderen Staaten senden: Auch sie müssen endlich die richtigen Konsequenzen aus der gescheiterten militärischen Strategie ziehen.

In Afghanistan sind mittlerweile 50.000 NATO-SoldatInnen stationiert. Das hat dem Land nicht mehr Sicherheit gebracht – im Gegenteil. Mehr SoldatInnen schaffen weniger Sicherheit. Die jetzige Strategie stärkt lediglich den Terror. Erst wenn die NATO-SoldatInnen abziehen, ist in Afghanistan ein wirklicher Neuanfang unter Einbeziehung aller Kräfte innerhalb der afghanischen Gesellschaft möglich.

Solange die NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, daran festhalten, Stabilität und Wiederaufbau des Landes mit militärischen Mittel zu erzwingen, wird Afghanistan im Strudel von Krieg, Bürgerkrieg und Terror versinken.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert deshalb: Um der afghanischen Bevölkerung tatsächlich eine Friedens- und Entwicklungsperspektive zu verschaffen, ist ein Strategiewechsel dringend notwendig. Es geht um den Auf- und Ausbau einer zivilen Infrastruktur. Es geht darum, allen Menschen in Afghanistan die Teilhabe an politischen Entscheidungen zu ermöglichen. Es geht darum, die staatliche Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der AfghanInnen zu gewährleisten. Afghanistan braucht einen landesweiten demokratischen Neuanfang ohne ausländische Einmischung.

Der Krieg gegen den Terror mit militärischen Mitteln, wie er unter OEF und ISAF geführt wird, muss sofort beendet werden. Es ist die Überzeugung der Fraktion DIE LINKE, dass die Unterstützung für den zivilen Wiederaufbau nur von zivilen Institutionen und Personen geleistet werden kann. Wenn die Bundesregierung diese Wahrheit nicht endlich erkennt, wird Deutschland immer tiefer in die kriegerischen Auseinandersetzungen hineingeführt. Denn einer militärischen Bekämpfung wird es nicht gelingen, den Terror zu beseitigen, vielmehr wird er geschürt. Die militanten Oppositionskräfte werden sich wieder erholen und die Kämpfe neu beleben.

Der Kampf gegen den Terror bedarf deshalb einer politischen Strategie. Diese Strategie muss auf zivile Mittel setzen und mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu vereinbaren sein. Dies ist der einzige Ausweg aus dem Kriegsumpf.

Deutsche Außenpolitik muss engagiert für eine politische und zivile Lösung des Afghanistanproblems eintreten. Eine Befriedung des Landes wird auch nur dann möglich sein, wenn die isolierte, vom Westen eingesetzte und unterstützte Karsai-Regierung abtritt. Dies ist die Voraussetzung für einen demokratischen Neuanfang unter Einbeziehung aller politischen Kräfte.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist für eine erfolgreiche Befriedung des Landes zentral. Um einen Industrialisierungsprozess in Afghanistan einzuleiten, könnte die lokale Wirtschaft zum Beispiel durch Schutzmaßnahmen gegenüber Importen gestärkt werden. Die internationale Gemeinschaft könnte die AfghanInnen unterstützen, landwirtschaftliche Reformen durchzuführen, bei der Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Mittelpunkt stehen, mit denen die Versorgung der Bevölkerung gesichert wird.

Der Westen sollte helfen, eine repräsentative und demokratisch legitimierte Versammlung aller Stämme und Volksgruppen, eine neue Loja Dschirga, durchzuführen, die nach einer Lösung für die vielschichtigen Konflikte sucht.

DIE LINKE will eine Entmilitarisierung der Außenpolitik

DIE LINKE fordert, dass Deutschland sich aus seiner Rolle als weltweite Interventions- und Kriegspartei zurückzieht. Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen kategorisch verweigert werden.

DIE LINKE verlangt eine Entmilitarisierung der Außenpolitik, eine strikte völkerrechtliche Bindung der Außenpolitik und die Anerkennung der Souveränität und Gleichheit aller Staaten. Das bedeutet, dass die Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verbindlich anzuerkennen sind, wie sie in der Verfassung und der UNO-Charta festgeschrieben sind. DIE LINKE steht für die Forderung, dass sich Deutschland und die EU-Staaten von einer Politik der »imperialistischen« Globalisierung distanzieren müssen, wie sie derzeit als Prinzip in den außenpolitischen Vorstellungen angelegt ist. Statt Krieg gegen Kulturen muss der Dialog der Kulturen stattfinden, anstelle von Ausbeutung und Machtinteressen muss die Idee des solidarischen Teilens Prämisse des außenpolitischen Handelns werden.



DIE LINKE fordert am 15. 9. 2007 in Berlin den Rückzug der Bundeswehr.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE

Allgemein

BT-Drucksache 16/6165, Kleine Anfrage:
Afghanistan – Statistische Erfassung der Kriegsoffer

BT-Drucksache 16/3412, Kleine Anfrage: Bekämpfung
des internationalen Terrorismus und Staatsterrorismus

ISAF-Mandat

BT-Drucksache 16/7890, Antrag: Keine deutschen Soldaten
für eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen –
Rechtswidrige Kriegshandlungen beenden

BT-Drucksache 16/6660, Entschließungsantrag zum Antrag
der BR zur Verlängerung des ISAF-Mandats

BT-Drucksache 16/6461: Entschließungsantrag zum Antrag
der BR zur Verlängerung des ISAF-Mandats; Abzug der Tornados

BT-Drucksache 16/2623, Entschließungsantrag zum Antrag
der BR zur Verlängerung des ISAF-Mandats

BT-Drucksache 16/8279, Kleine Anfrage: Aufgabe und Bedeutung
der Quick Reaction Force für die Einsatzstrategie der ISAF und
die Implikationen für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan

BT-Drucksache 16/7839, Kleine Anfrage: Umgang der Bundes-
wehr mit afghanischen Gefangenen im Rahmen des ISAF-Mandats

BT-Drucksache 16/6165: Kleine Anfrage: Afghanistan,
statistische Erfassung der Kriegsoffer

BT-Drucksache 16/6158, Kleine Anfrage:
Koordination militärischer Operationen von ISAF und OEF

BT-Drucksache 16/3673, Kleine Anfrage:
Zivil-militärische Zusammenarbeit

BT-Drucksache 16/2587: Kleine Anfrage: Posttraumatische
Belastungsstörungen von Soldatinnen und Soldaten

BT-Drucksache 16/2380, Kleine Anfrage: Einsatz der
Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen
Sicherheitsunterstützungsgruppe

Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen

BT-Drucksache 16/4047, Antrag: Keine Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan einsetzen

BT-Drucksache 16/5711, Kleine Anfrage: Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Rahmen der ISAF und OEF

OEF-Mandat

BT-Drucksache 16/6098: Antrag: Keine deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom in Afghanistan

BT-Drucksache 16/4674: Antrag: Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan beenden

BT-Drucksache 16/121, Antrag: Das Mandat für die Operation Enduring Freedom beenden, Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan unverzüglich einstellen

BT-Drucksache 16/6158: Kleine Anfrage: Koordination militärischer Operationen von ISAF und OEF

BT-Drucksache 16/3272: Kleine Anfrage: Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« (OEF)

Drogenanbau

BT-Drucksache 16/7525, Antrag: Afghanistan eine Chance für legalen lizenzierten Mohnanbau geben – Drogenmafia wirksam bekämpfen

BT-Drucksache 16/6442, Kleine Anfrage: Opiumproduktion in Afghanistan

Gender, Frauen, Homosexualität

BT-Drucksache 16/8636, Kleine Anfrage: Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des NATO-Einsatzes

BT-Drucksache 16/2142, Kleine Anfrage: Die rechtliche Situation homosexueller Flüchtlinge in Deutschland und die Lage der Bürger- und Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transsexuellen in Afghanistan, Iran und Irak

Sicherheitspolitik

BT-Drucksache 16/8644, Kleine Anfrage: Besserer Schutz für Polizisten bei Ihrem Auslandseinsatz in Afghanistan

BT-Drucksache 16/6703, Kleine Anfrage: Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei den Polizeieinsätzen in Afghanistan

BT-Drucksache 16/6589, Kleine Anfrage: Die Rolle der Feldjäger der Bundeswehr bei der EU-Police-Mission Afghanistan

BT-Drucksache 16/3412: Kleine Anfrage: Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Staatsterrorismus

BT-Drucksache 16/1296: Kleine Anfrage: Umgang der Bundesregierung mit Söldnern, Söldnerfirmen, privaten Sicherheits- und Militärdienstleistungsunternehmen

Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen

BT-Drucksache 16/5141: Antrag: Abschiebestopp und Schutz für Flüchtlinge aus Afghanistan

BT-Drucksache 16/6252, Kleine Anfrage: Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan

BT-Drucksache 16/797, Kleine Anfrage: Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern

Gefangennahme in Afghanistan

BT-Drucksache 16/4031, Kleine Anfrage: Berichte über Planung und Durchführung von Gefangennahmen und Verschleppungen von Menschen auf deutschem Territorium

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

An dieser Broschüre haben mitgearbeitet

Johanna Bussemer, Harri Grünberg,

Alexander King, Gabriele Rasch,

Kerstin Seifer und Christopher Steinmetz.

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktionsschluss: 30. Mai 2008

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de